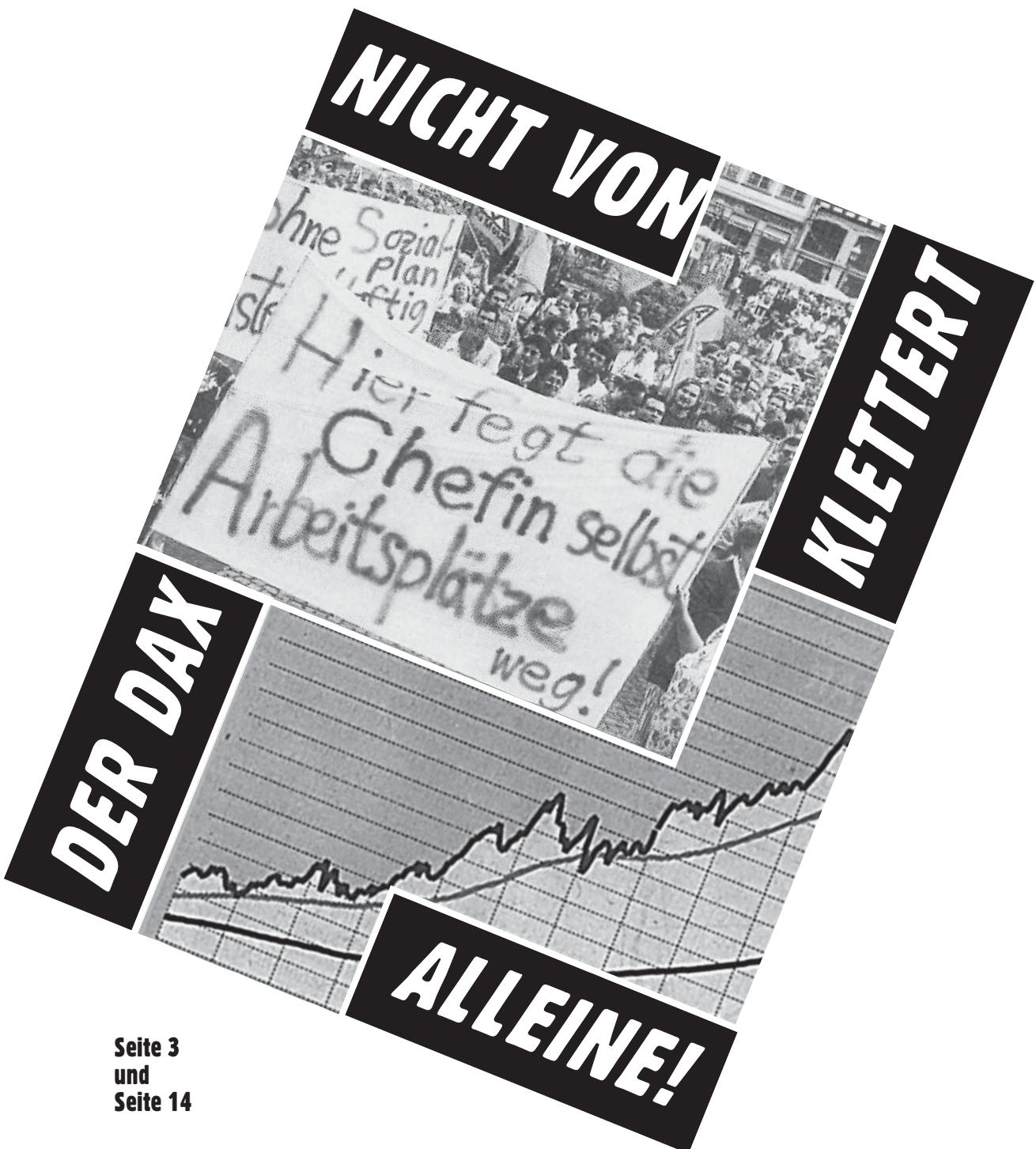


# Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Seite 3  
und  
Seite 14



**SUBVENTIONEN:** Um den armen deutschen Reedern die Lust an der Schifffahrt nicht zu nehmen, hat das Bundeskabinett am 17. Juli neue Subventionen für die Schifffahrt beschlossen. Zusätzlich zu der seit einiger Zeit bestehenden Möglichkeit, den größten Teil der Schifffahrtsbesetzungen zu (z.B. liberianischen oder philippinischen) Hungerlöhnen anzuheuern und bei Gegenwehr oder Streiks auch nach dortigem Arbeitsrecht zu feuern), will Verkehrsminister Wissmann den Reedern im Rahmen der angestrebten Steuerreform jetzt weitere Steuervorteile von umgerechnet ca. 50 Millionen DM im Jahr verschaffen. U.a. sollen die Reeder 40% der Lohnsteuer in die eigene Tasche lenken dürfen, wenn das Schiff die deutsche Flagge führt. Für Seeleute ohne Wohnsitz und deutschen Paß sollen sie von allen Beitragspflichten für Rente, Krankheit oder Arbeitslosigkeit befreit werden. Außerdem sollen die Sicherheitsanforderungen auf Schiffen weiter gesenkt werden. Die ÖTV zu alledem: eine „Katastrophe“.

**RENTENREFORM-KRITIK:** „Vernichtend“ sei der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform der Rentenversicherung kritisiert worden, meldet die Presse von der ersten Anhörung zum Entwurf Blüms im Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales. Kritisiert wurden die geplante Senkung des Rentenniveaus, die Ausklammerung von Risiken und die Verringerung des sozialen Ausgleichs durch Blüms Entwurf. Statt dessen verlangten mehrere Sachverständige (u.a. Uni Hamburg und Darmstadt) und sogar ein Mitglied des Zentralbankrates der Bundesbank eine Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Geringverdienende und Selbständige. Dies sei „schlechthin die Überlebensfrage der umlagefinanzierten Rentenversicherung“, so Prof. Azzola von der Uni Darmstadt. Die FDP dagegen hält stur am Gesetz fest: Substantielle Kritik sei „kaum zu hören“ gewesen, so FDP-Sprecherin Gisela Babel.

**PRIVATISIERUNGSGESCHÄFT:** Ausgerechnet BDI-Chef Henkel, erst kürzlich glücklich einem Steuerprozeß entronnen und neuerdings als Verfassungskritiker von rechts aufgetreten, will die Privatisierungsgeschäfte von Waigel durch „mehr Staat“ ergänzen. Henkel fordert nämlich eine (staatliche) „Privatisierungsagentur“, die beim Finanzministerium eingerichtet werden solle und u.a. den gesamten Bundesbesitz zu einer Art „Holding“ zusammenfassen soll. Gleiche Anliegen kommen aus der FDP und – von der US-Investmentbank Merrill Lynch. Das Investmentgewerbe will also nicht nur kaufen, sondern auch am Kauf selbst schon verdienen – statt des Finanzministeriums. Besonders „interessant“ seien die Liegenschaften des Bundes, sprich: Grund und Boden. Da

„schlummern noch zig Milliarden“, weiß der wirtschaftspolitische FDP-Sprecher Friedhoff. Auch die ImmobilienSpekulanten erhoffen sich also von einer Agentur, die von einem der Ihren geleitet wird, noch bessere Geschäfte.

**TELEKOM-STREIT:** (Noch)Bundespostminister Bötsch (CSU) und die Telekom streiten jetzt vor den Gerichten um die Konditionen für den Netzzugang zum Telekom-Netz. Hintergrund: Ab 1.1.98 soll die Telekom ihre Netze Konkurrenten Mannesmann Arcor, Otelo u.a. uneingeschränkten Netzzugang einräumen. Die Telekom will das nur im Rahmen von „Paketlösungen“, die Konkurrenz will schrankenlos, um sich so auf die profitablen Teile des Kommunikationsgeschäfts konzentrieren zu können. Folge davon wäre absehbar, daß die Gebühren für „Klein Kunden“ am Ende teurer würden, während große Firmen enorme Rabatte einstreichen. Zu diesem Zweck hatten Arcor, Otelo u.a. den CSU-Minister zu einer Anordnung gegen die angeblich „privatisierte“ Telekom gedrängt. Dagegen klagt jetzt die Telekom vor dem Verwaltungsgericht. Dauert die Klage lange, könnte der ganze Zeitplan für die „Liberalisierung“ ins Wanken kommen.

**SPIONAGESATELLITEN:** Am 16. Juli hat das Bundeskabinett erneut über die Raumfahrtpolitik beraten. Ergebnis: Forschungsminister Röttgers konnte hinterher ankündigen, die Regierung werde an dem Projekt einer gemeinsamen Raumfahrtstation von USA, Rußland, Kanada, Japan und EU bis zum Jahr 2004 mit 2,5 Milliarden DM beteiligen. Ein dementsprechender Anteil der deutschen Industrie an dem Geschäft mit der Station scheint gesichert. Weiter unsicher sind dagegen die geplanten Spionagesatelliten Helios II und Horus mit Frankreich. „Deutschland muß den Eintritt in dieses Programm verschieben“, heißt es in Röttgers Bericht zum Helios II. Auch Horus sei „zunehmend in Frage gestellt“. Die beiden Satelliten sollten durch weltweite militärische Spionage beider Staaten erleichtern und so evtl. auch bei der Lenkung militärischer Einsätze helfen. Vorläufig fehlt Röttgers dafür das Geld.

**WAS KOMMT DEMNÄCHST?** Der Bundestag und der Bundesrat sind in Sommerpause. Selbst das Bundeskabinett ist ab Ende Juli in „Urlaubsbesetzung“. Die Sommerpause des Bundestags dauert bis Ende der ersten Septemberwoche – wenn nicht vorher eine Einigung im Vermittlungsausschuß zur Steuerreform erzielt wird und eine Sondersitzung einberufen wird. Am 8. September beginnt dann die nächste reguläre Sitzungswoche des Bundestags, vermutlich wie üblich mit der Beratung über den Haushaltsentwurf der Regierung für 1998. Am 21. September sind Bürgerschaftswahlen in Hamburg.

#### Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn .....	2
Wessen Börse boomt denn da? .....	3
Aufruf: „Kein Mensch ist illegal“ .....	4
Urteil gegen Prof Heinrich Fink: „Nicht das letzte Wort“ .....	6
Bürgerinitiativen gegen neues Atomgesetz .....	7

#### Auslandsberichterstattung

Angola: US-Neuordnung facht den Krieg wieder an .....	8
Peru: Fujimori will Presse zähmen .....	9
Momentan keine Hoffnung für baskische Gefangene .....	10
Meldungen .....	11

#### Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand .....	12
Zum deutsch-jugoslawischen „Rückführungsabkommen“ .....	13
IG Farben auflösen! .....	14
Gegen Privatisierung: Optimieren statt plattmachen .....	14
Wird Krupp-Hoesch mit Hausbesetzern verhandeln? .....	15
Luftwaffenausstellung: Eindrücke .....	15
O-Ton .....	16
Berlin: Flüchtlingsrat mit Klage gegen Senat erfolgreich .....	16
Kommunale Politik .....	17

#### Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war? .....	18
IG Metall: Arbeitskampf um Altersteilzeit? .....	19
Riester zur Altersteilzeit .....	19
Euro und Schluß mit Feierabend und Feiertagen? .....	20
Widia kommt nicht durch .....	20
Groß- und Einzelhandel: Tarif- abschluß geschafft .....	21
Putzfrauen-Streiks ausgeweitet ..	21

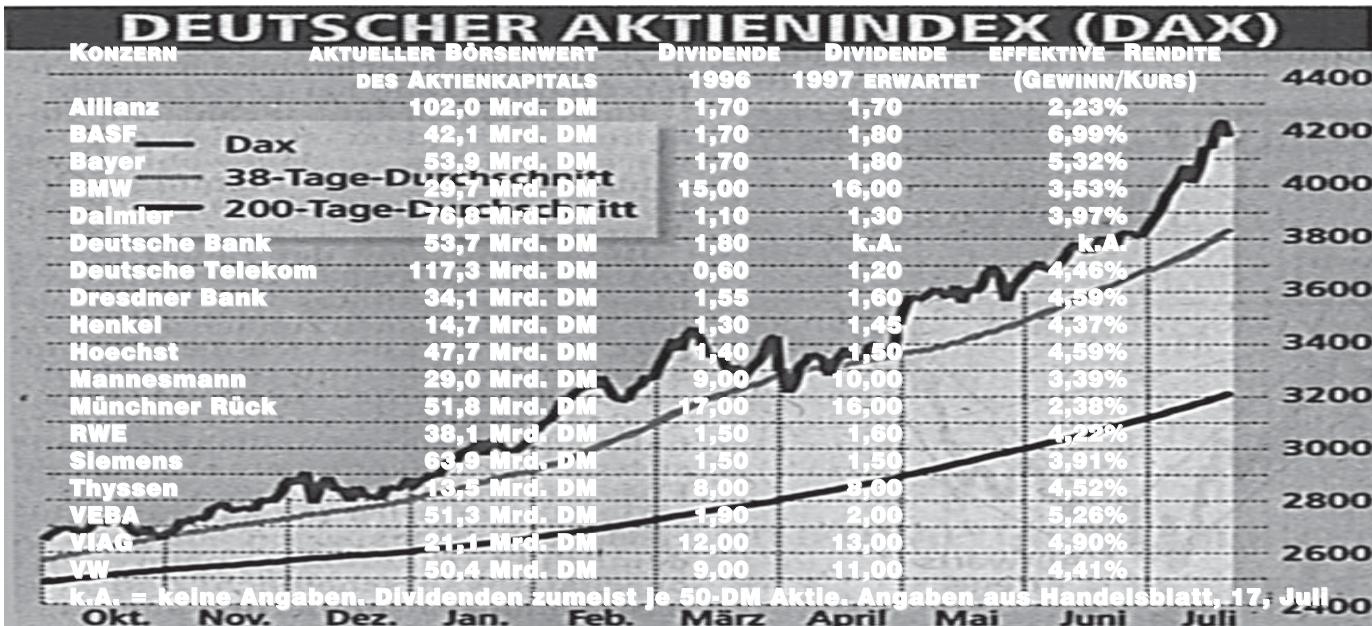
#### Diskussion und Dokumentation

Öcalan sagt: Es gab kein Todesurteil .....	22
Die neue bürgerliche Verfassung in Polen .....	24

#### Letzte Seiten

H.W. verfolgt die Spur .....	26
------------------------------	----

Termine .....	28
---------------	----



## Wessen Börse booms denn da?

**Konzerne begeistert über das ihnen zufließende Geld**

Das US-Magazin „Forbes“ hat in seiner neuen Übersicht über die weltweit 200 „Superreichen“ die Familie Quandt erneut zur reichsten Familie der Bundesrepublik erklärt. Eine Quandt war zur Nazi-Zeit Gattin des Reichspropagandaministers Göbbels. Das hat der Familie aber nicht geschadet. Auf 11,7 Milliarden Dollar schätzt „Forbes“ das derzeitige Familienvermögen.

Außerdem in der Forbes-Liste: die ALDI-Brüder Theo und Karl Albrecht mit 11,5 Mrd. \$, die Familie Haniel mit 9,3 Mrd. \$ und 18 weitere deutsche Familien, darunter Henkel (5,2 Mrd. \$), Gerling (4,0 Mrd. \$) die Porsche-Eigner und VW-Konzernchefs Piech (3,4 Mrd. \$), Mohn (Bertelsmann), Kirch u.a. Die Familie Siemens, obwohl noch heute größte Eigner des gleichnamigen Konzerns, hat das US-Magazin weggelassen. Aber auch ohne Siemens bringen es die übrigen 21 reichsten deutschen Familien laut *Forbes* auf zusammen 107,8 Milliarden Dollar – umgerechnet 194,4 Milliarden DM. Ihnen allen und noch vielen anderen Reichen spart CSU-Minister Waigel seit kurzem die Vermögenssteuer, während der Vorsitzende Richter des Bundesfinanzhofs, des obersten Steuergerichts der BRD, ebenfalls aus der CSU, sich für eine Amnestie für (Zins-)Steuerflüchtlinge stark macht.

Doch zurück zu *Forbes*. Dessen Daten beziehen sich auf 1996. Die Quandts aber besitzen vor allem BMW. Und der Kurs der BMW-Aktien ist seit Januar um ca. 50% gestiegen. Hält der Börsenboom also an, dann dürfte das Vermögen der Quandts in der nächsten *Forbes*-Liste auf umgerechnet 32,4 Mrd. DM gestiegen sein – 11 Milliarden DM mehr in einem Jahr.

### Konzerne und Mittelklassen-Gelder treiben den Börsenboom

Die großen Nachfrager an den Börsen

sind in der Regel die Banken (auf eigene und fremde Rechnung), sog. „Fonds“ – Aktienfonds, Investmentsfonds, Rentenfonds u.ä. – sowie die Versicherungen. Diese sog. „institutionellen Anleger“ verwalten riesige finanzielle Reserven:

- Reserven von Unternehmen, die zurückgelegt wurden, weil das fixe Kapital der industriellen Anlagen alle paar Jahre erneuert werden muß.
- Reserven von Unternehmen zur Absicherung von Kurs- und anderen Risiken im Weltmarktgeschäft.
- Reserven für betriebliche Pensionsverpflichtungen.
- Sog. „stille Reserven“, angelegt, um Konkurrenten übernehmen zu können, bei profitablen Technologien schnell einzusteigen zu können usw.

All diese Gelder werden in Aktien und (festverzinslichen) „Rentalpapieren“ angelegt und bei Bedarf weltweit herumgeschoben – immer auf der Suche nach der höchsten Rendite, denn nur eine hohe Rendite sichert, daß die Geldgeber nicht zur Konkurrenz gehen.

Aber es sind in letzter Zeit nicht nur die Finanzmittel von Konzernen und „Superreichen“, die das Geschäft an den Börsen antreiben. Wäre das der wesentliche Grund, der Börsenboom wäre das erste Anzeichen einer erneuten Überproduktion von Kapital und bald vorbei. Tatsächlich aber geht ein erheblicher Teil des Aktienbooms auch auf die immer weiter anschwellenden Vermögen der Mittelklassen zurück, die an den Börsen stärker als Nachfrage auftreten. Und bei solchen Geldvermögen treten nicht so schnell Überproduktionskrisen auf.

„Die amerikanische Versicherungsbranche hat jährlich Prämienannahmen von 624 Milliarden Dollar, das sind umgerechnet 1,1 Billionen DM“, schwärmt das *Handelsblatt* am 17. Juli über die

USA. Diese 624 Milliarden Dollar sind vor allem private Lebens-, Alters-, Unfall- und andere Versicherungen von gut verdienenden Leuten aus der Mittelklasse: Lehrer, Professoren, Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Zahnärzte, Unternehmens- und Steuerberater, Leute aus mittleren Führungspositionen im öffentlichen Dienst und bei Konzernen, die „für Notzeiten“, für die Ausbildung der Kinder und vor allem fürs Alter zurücklegen.

Auch in der BRD werden inzwischen gewaltige Summen von der Mittelklasse zurückgelegt und zur Anlage an die Börse weitergereicht. Allein die Vermögen der privaten Lebensversicherungen wachsen derzeit in der BRD jährlich um ca. 60 Milliarden DM. Die Einnahmen deutscher Anlagefonds belaufen sich jährlich auf weitere 50 Milliarden DM. Vermögenszuwächse durch Kursgewinne sind darin noch nicht enthalten.

In der Vergangenheit legten Banken, Fonds und Lebensversicherungen ihre Gelder vor allem in Staatsschuldspapiere an. Das war sicher und gut verzinst. 1990, im Jahr der „Wiedervereinigung“, waren „börsennotierten Bundeswertpapiere“ mit 8,8 Prozent verzinst – eine Traumrendite, verglichen mit dem Zins auf einem gewöhnlichen Sparbuch.

### Vom „Rentalboom“ zum „Aktienboom“

Verglichen mit den enormen Beträgen, die in Staatsschuldspapiere und anderen festverzinslichen Anleihen angelegt sind, war der Aktienmarkt in der BRD den Konzernen und ihren politischen Freunden bis vor kurzem „zu klein“. Inzwischen aber hat das in Aktien angelegte Vermögen das in Rentalpapieren eingeholt. Ende 1996 betrug der Nominalwert aller umlaufenden „Rentalpapiere“ zusammen 3.108 Milliarden DM (über zwei Drittel davon waren Staatsschuldspapiere).

re). Das umlaufende Aktienkapital dagegen belief sich nominal auf „nur“ 216 Milliarden DM.

Die Statistik über die tatsächlichen Kurse, d.h. Preise dieser Aktien hat das Statistische Bundesamt im Juni 1995 bezeichnenderweise eingestellt. Immerhin: Ende 1994 betrug laut Bundesamt der Kurswert deutscher AGs das 10fache ihres Nominalwerts. 50-DM-Aktien hatten also einen (durchschnittlichen) Preis von 500 DM. Für Ende 1996 nennt die Deutsche Börse AG allein für Frankfurt: Nominalwert aller dort gehandelten deutschen Aktien 85,74 Milliarden DM, Kurswert: 989 Mrd. DM. Inzwischen sind die Aktienkurse um ca. 40% gestiegen, dürfte daher die Formel „Nominalwert mal 15 = Kurswert“ ungefähr treffen. Das ergäbe einen Kurswert aller hier umlaufenden Aktien von ca. 3.000 Mrd. DM, d.h. fast genauso viel wie der Preis der umlaufenden „Rentenpapiere“.

Auch die Börsenanalysten des *Handelsblatt* stützen diese Schätzung. Danach lag der Kurswert allein der 30 größten Aktienkonzerne der BRD („DAX 30“) Mitte Juli über 1.000 Milliarden DM.

Wenn man sich nun noch die Angaben der Bundesbank über den Zins auf öffentliche Anleihen anschaut, findet man: Dieser Zins sinkt seit Jahren – von den schon erwähnten 8,8 Prozent 1990 auf 5,1 Prozent im Mai dieses Jahres. Und weil der Zins auf solche „Rentenpapiere“ sinkt, wird Vermögen „umgeschichtet“ – eben in Aktien.

#### **Der Börsenboom und die gesellschaftlichen Allianzen**

Der überbordende Reichtum nicht nur bei den Konzernen und sog. „Superreichen“ Konzernern, sondern auch bei beträchtlichen Teilen der Mittelklassen steigert das Geldangebot und senkt so den Zins. In den USA hat man für dieses Phänomen bereits den Begriff der „Baby-Boomer“ gefunden. Leute aus der Mittelklasse, die in den 50er Jahren des „Baby-Booms“ geboren wurden, in den 60er Jahren auf die Unis drängten, von dort in die hohen Einkommenszonen vordrangen und jetzt für ihre hohen Verdienste und Vermögen Anlage suchen, seien der wahre Grund für den Börsenboom. Wo sonst sollten sie ihr Geld auch anlegen? In China? Oder vielleicht Boris Jelzin leihen? An bundesdeutschen Börsen läuft eine ähnliche Nachricht um: die „Generation der Erben“ dränge auf die Aktienmärkte.

Beides beschreibt im Grunde dasselbe Phänomen: Daß nämlich die Konzerne und ihre Eigener ihre Finanzgeschäfte und gesellschaftlichen Interessen immer vielfältiger mit der Mittelklasse verbinden mit dem Ziel, eine große, in ihren Mitteln und Zielen völlig bedenkenlose gesellschaftliche Allianz gegen die gewöhnlichen Lohnarbeiter und die Armen dieser Welt zu errichten – eine Allianz, bei der die Vermögen der Mittelklasse zur freien Verfügung der Konzerne stehen – gegen guten Zins.

Wobei, wenn es zum Crash oder Konflikt kommen sollte, zuerst die Armen zahlen werden und, wenn das nicht reicht, die Mittelklasse derjenige Teil dieser Allianz des Reichtums sein soll, der draufzahlt und seine Lebensversicherungen, Staatsschuldpapiere und Aktien zum Tapezieren oder Heizen verbrauchen kann, während die Eigener der Produktionsmittel reich und mächtig bleiben.

Noch aber blüht das Anlagegeschäft, sinkt der Zins auf festverzinsliche Papiere, boomt die Börse.

Selbst bei gleichbleibenden Dividenden wären Aktien derzeit wegen der sinkenden Zinsen für Rentenpapiere für Anleger interessant. Hinzu kommt: Die glänzenden Geschäftsaussichten in den USA treiben dort Aktienkurse und Dollar zusätzlich hoch. Der steigende Dollarkurs aber verbessert auch die (Export)-Renditen hiesiger Konzerne, so daß alle Welt auch von steigenden Dividenden für deutsche Aktien ausgeht – eine Erwartung, die aus den Konzernetagen kräftig genährt wird, verbessert sie doch deren Aussichten, durch Ausgabe neuer Aktien zusätzliches Kapital billig aufzunehmen. Ob am Ende wirklich Dividenden gezahlt werden, wird sich zeigen ...

#### **... bis zum nächsten Crash**

Wie lange das Geschäft an den Börsen blühen wird, weiß keiner. Die Regierung und Finanzminister Waigel aber tun alles, damit die Börse lange boomt. Je mehr Geld sie aus der Mittelklasse in die Kasen der Konzerne leiten können, je enger die Allianz von Konzernen und deren Eigern mit der Mittelklasse wird, um so besser für die Konservativen. Anlage in Aktien dämpft Konzernkritik, gewerkschaftliche Gegenwehr und Streiklust, Reserven in Staatspapieren rücken die Mittelklasse näher heran an den deutschen Staat, machen empfänglicher für „Sicherheitsdenken“ in der Innen-, Militär- und Außenpolitik, für eine „starke DM“, einen „harten Euro“ usw. Ein Großteil des Rechtstrends bei SPD und Grünen hat hier seinen materiellen Hintergrund. Also fördert Waigel den Börsenboom, schafft die Vermögenssteuer ab, besiegt die Börsenumsatzsteuer usw.

Dabei ist allein die Steuerfreiheit für Börsengeschäfte ein Skandal. Ohne Zweifel finden hier Geschäfte statt, werden Waren – Aktien – ge- und verkauft. Eine Umsatzsteuer dafür aber gibt es nicht! Dabei könnte Waigel schon bei 1%-Börsenumsatzsteuer derzeit (bei 15 bis 20 Mrd. DM Umsatz allein in Aktien an deutschen Börsen pro Tag) im Jahr 37,5 bis 50 Milliarden DM einnehmen! Aber: Umsatzsteuern belasten den „Endverbraucher“. „Endverbraucher“ auf dem Börsenparkett aber sind meist ziemlich vermögende Leute. Und solche „Endverbraucher“ mag die Regierung nun einmal nicht belasten.

rül

Quellen: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 1997; Handelsblatt, 10. bis 18. Juli, Forbes, Juli 1997

#### **Antirassistischer Aufruf**

# **„Kein Mensch ist illegal“**

Am Samstag, den 28. Juni, fand eine bundesweite Konferenz antirassistischer und in der Flüchtlingsunterstützung tätiger Gruppen in der Orangerie in Kassel statt. An dieser Konferenz nahmen 20 Initiativen aus dem kirchlichen, gewerkschaftlichen und unabhängigen Spektrum teil. Die Konferenz ist Auftakt einer bundesweiten Kampagne unter dem Titel „Kein Mensch ist illegal“.

Der auf dieser Konferenz verabschiedete Aufruf (siehe unten) wurde am 2. Juli der Öffentlichkeit vorgestellt. In den folgenden Wochen sollen ErstunterzeichnerInnen für den Aufruf gewonnen und der Aufruf als Anzeige in mehreren Tageszeitungen geschaltet werden.

Ziel der Kampagne ist vorrangig die Thematisierung der politischen Dimension von Illegalisierung sowie die politische und praktische Unterstützung illegalisierter MigrantInnen. Zum einen soll die Forderung nach gleichen Rechten für alle öffentlich thematisiert werden, zum anderen soll zur Unterstützung illegalisierter MigrantInnen in allen politischen und sozialen Belangen, wie zum Beispiel bei der Ein- und Weiterwanderung, Beschaffung von Papieren, Arbeit, materieller Existenzsicherung, und medizinischer Versorgung aufgerufen werden. Langfristig sollen Einzelpersonen und VertreterInnen verschiedener Berufsgruppen (ÄrztInnen, RechtsanwältInnen, KünstlerInnen, ProfessorInnen, etc.) gewonnen werden, öffentlich ihre Bereitschaft zur praktischen Unterstützung Illegalisierter zu erklären.

Die Zahl der still arbeitenden oder auch öffentlich auftretenden Zufluchts- und Kirchenasylgruppen, die diese Unterstützung organisieren, wächst beständig. Eine bundesweite Koordinierung dieser Gruppen, soll dazu dienen, lokale Ansätze zu unterstützen. Ein Netzwerk der Zusammenarbeit soll den Informationsaustausch zwischen den Gruppen verbessern und die Planung und Durchführung gemeinsamer Veranstaltungtreffen und Aktionen ermöglichen.

Hybrid Workspace: Während des 10-Tage-Projektes [über die grenze] vom 28.6.-7.7.97 in dem der documenta X angeschlossenen hybrid workspace werden Gruppen aus der Flüchtlingssolidarität, KünstlerInnen u.a. MedienaktivistInnen aus dem Bundesgebiet und anderen europäischen Ländern beginnen, die Kampagne mit Leben zu füllen. (Internet: <http://www.contrast.org/borders>.)

Zu den Projekten der nächsten Monate gehören eine CD-Produktion und Konzerttour bekannter Musikgruppen, sowie die Herausgabe eines Buches der For-

**AUFRUF:**

## Was in den Gewerkschaften möglich ist, fordern wir von diesem Staat!

Es gibt eine Millionenorganisation, in der die sofortige rechtliche Gleichstellung aller, die hier leben, täglich praktiziert wird: der DGB.

Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jeder Angestellte, jede Angestellte kann vom ersten Tag an, an dem das Lohnverhältnis beginnt, Mitglied in der Gewerkschaft werden. Keine Bedingung ist daran geknüpft, niemand fragt, wieviele Jahre er oder sie hier schon lebt und wer der Urgroßvater war. Nicht mehr aber auch nicht weniger verlangen wir von diesem Staat.

Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jeder Angestellte, jede Angestellte kann nach einem halben Jahr unsere Vertretung, den Betriebs- oder Personalrat wählen. Keine undemokratische Bedingung ist an dieses Recht geknüpft. Ein Mensch – eine Stimme; diese Regel, die keiner Begründung bedarf, wird bei uns praktiziert. Nicht mehr aber auch nicht weniger verlangen wir von diesem Staat!

- In dem Land, in dem 1/10 der Werk-tätigen vom politischen Wahlrecht ausgeschlossen wird und 7 Millionen dem Ausländergesetz ausgeliefert sind;
- von der Regierung, die täglich neue Angriffe auf uns alle beschließt, die unseren gemeinsamen Widerstand herausfordern,
- im Interesse aller Arbeitenden, egal welcher Nationalität, und gegen dieje-

nigen, die mit unserer Spaltung kalkulieren,

**fordern wir:**

- Alle, die hier leben, sind Bürger dieses Landes und müssen deswegen das Recht auf Staatsbürgerschaft bekommen! (Dies umschließt automatisch das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft)
- „Ein Mensch – eine Stimme“ muß endlich auch für die BRD gelten!
- Weg mit dem Blutsrechtsparagraphen 116 GG und dem Staatsangehörigengesetz von 1913/1935!

**Erläuterung:**

Das Blutrecht („ius sanguinis“) ist in dem bis heute geltenden Reichs- und Staatsangehörigengesetz von 1913 festgeschrieben: Nur wer „deutsches“ Blut geerbt hat, ist automatisch Staatsbürger. „Eine so uneingeschränkte Geltung des Abstammungsprinzips kennt kaum ein anderer Staat.“ (Deutsches Staatsangehörigkeitsrecht von Weidelener/Hemberger, München 1986).

1935 wurde selbst der geringe Rechtsanspruch auf Einbürgerung in diesem Gesetz von den Nazis abgeschafft, und dabei blieb es bis zum heutigen Tag.

Der Artikel 116 GG wendet dieses Blutrecht gegen das Ausland, indem er z.B. polnische Staatsbürger zu Deutschen erklärt: „Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist ... wer als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

**Gleiche Rechte für alle, die hier leben!**

**Unterzeichner:**

Der Aufruf stammt aus dem Münchner Raum und wurde bisher unterzeichnet von:

**IG Medien:** A. Adamo, BR-Vorsitzender, Musikschule Neubiberg; H. Adler, BR-Vorsitzender, Schwanberger Verlag; E. Berchtold, BR-Vorsitzende, Magna Media Verlag; J. Emmenegger, stellv. Ortsvorsitzender, München, und stellv. BR-Vorsitzender, Oldenbourg; E. Guttenberger, Sprecher des AK Arbeitslosigkeit; **DPG:** H. Amelunxen, BR-Vorsitzender, Deutsche Post AG, Postfilialen, München; E. Edhofer, Gewerkschaftssekretär; A. Hirtreiter, Gewerkschaftssekretär; **HBV:** J. Algier, PR-Vorsitzender, DG Bank Bayern; H. Engelmann, ehem. BR-Vorsitzender GBWAG Bayerische Wohnungs AG; A. Hagn, BR-Vorsitzender, Raiffeisenbank; **ÖTV:** P. Altenbuchner, PR-Vorsitzender Stadtjugendzentrum München; C. Bauer, VL-Sprecherin, Personalräatin im Dienststellen-PR Kindertagesstätten und im PR-Schulreferat; H. Gerstle, Gewerkschaftssekretärin, KV München; E. Hahn, PR-Vorsitzende, Krankenhaus Bogenhausen; H. Hörfurter, stellv. VL-Sprecher, Arbeiterwohlfahrt KV München; **GHK:** S. Arndt, BR-Vorsitzender, ALSA. **IGM:** M. Christhuber, BR-Vorsitzender, Siemens Nixdorf; A. Eibl, BR-Vorsitzender, Siemens, München; P. Galle, BR-Vorsitzender, Bosch Telecom; Gesamt-Vertrauenskörper der IG Metall bei der Jungheinrich AG / Hamburg und Norderstedt; **IG Bau:** K. Dietze, BR-Vorsitzender, Dyckhoff & Widmann AG; F. Glas, Ortsverbands Türkenfeld und ehem. BR-Vorsitzender, Philipp Holzmann Bau AG;

**Dieser Aufruf darf unterstützt werden!**

Exemplare sind erhältlich in deutscher, englischer, griechischer, spanischer, jugoslawischer, türkischer u.a. Sprache bei:

Karl-Helmut Lechner, Telefon 040 / 52235 67 und 040 / 69 48 13 59, und Ingo Krohn, Tel: 040 / 22 76 196.

schungsgesellschaft Flucht und Migration Berlin zur Situation illegalisierter MigrantInnen in West- und Osteuropa.

Mit freundlichen Grüßen  
Initiative „Kein Mensch ist illegal“

Initiative „Kein Mensch ist illegal“  
c/o Forschungsgesellschaft  
Flucht & Migration  
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

z.Zt. auf der Documenta X:  
c/o Über die Grenze / Hybrid Workspace  
An der Karlsau 20c, 34117 Kassel  
Telefon: 0561-108 88 90  
oder 0172-841 66 56  
Telefon & Telefax: 0561-108 88 91  
Internet: <http://www.contrast.org/borders>  
Email: grenze@ibu.de

## AUFRUF: „KEIN MENSCH IST ILLEGAL!“

„Ihr sollt wissen, daß kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungegerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?“ (Elie Wiesel)

MigrantInnen und Flüchtlinge sind in Europa unerwünscht. Nachdem es für sie nahezu unmöglich ist, auf legalem Weg hierher zu fliehen, einzureisen oder einzuwandern, ist die Überschreitung der Staatsgrenzen nur noch „illegal“ möglich und nicht selten mit tödlichen Gefahren verbunden. „Illegal“ wird, wer bleibt, obwohl der Aufenthalt nicht mehr erlaubt, gestattet oder geduldet ist. Systematisch werden die verbliebenen Einreise- und Aufenthaltsmöglichkeiten reduziert. So wird eine immer größere Zahl von Menschen in die Illegalität gezwungen.

Grenzen trennen nicht mehr nur Territorien, Grenzen trennen Menschen. Grenzen verlaufen überall: im Sozialamt wie auf dem Bahnhof, in der Innenstadt wie an der Staatsgrenze. Die Grenze ist überall, wo Menschen befürchten müssen, nach Papieren gefragt zu werden.

In entrichtetem, ungesichertem oder illegalisiertem Status zu leben, bedeutet die ständige Angst vor Denunziation und Erpressung, weil die Entdeckung Bestrafung, Abschiebehaft oder die sofortige Abschiebung zur Folge hat. Es bedeutet völlige Schutz- und Rechtlosigkeit ge-

genüber Behörden, Arbeitgebern und Vermietern, aber auch im Falle von Krankheiten, Unfällen oder Übergriffen. Es bedeutet auch, soziale Kontakte fürchten zu müssen. Kinder können keine Schule und keinen Kindergarten besuchen, Jugendliche keine Ausbildung anfangen. Es bedeutet, ständig auf der Hut zu sein.

Im Kampf gegen Rassismus wird es immer wichtiger, MigrantInnen in ihren Kämpfen gegen Illegalisierung und für ihr Recht, überhaupt Rechte zu haben, politisch und praktisch zu unterstützen.

Jeder Mensch hat das Recht, selbst zu entscheiden, wo und wie er leben will. Der Regulierung von Migration und der systematischen Verweigerung von Rechten steht die Forderung nach Gleichheit in allen sozialen und politischen Belangen entgegen, nach der Respektierung der Menschenrechte jeder Person unabhängig von Herkunft und Papieren.

Deshalb rufen wir dazu auf, MigrantInnen bei der Ein- oder Weiterreise zu unterstützen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen Arbeit und Papiere zu verschaffen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen medizinische Versorgung, Schule und

Ausbildung, Unterkunft und materielles Überleben zu gewährleisten.

**Denn kein Mensch ist illegal.**

*UnterzeichnerInnen (Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen) sollen sich melden bei:*

*Initiative „Kein Mensch ist illegal“  
c/o FFM*

*Gneisenaustr. 2a*

*10961 Berlin*

*per Fax an:*

*Büro antirassistischer Initiativen Kassel,*

*Fax Nr. 0561-713458*

*oder per email an: grenze@ibu.de*

Der Aufruf – mit den ErstunterzeichnerInnen – soll als Anzeige in Tageszeitungen veröffentlicht werden. Deshalb bitten wir alle UnterzeichnerInnen um Spenden (Gruppen und Organisationen mindestens 50 DM, Einzelpersonen mindestens 20 DM) auf das folgende Konto:

*Forschungsgesellschaft Flucht und  
Migration e.V.*

*Stichwort: Kein Mensch ist illegal*

*Kto.-Nr. 61 00 24 264*

*Berliner Sparkasse*

*BLZ 100 500 00*

derholt den Kunstgriff des Landesarbeitsgerichts (LAG) Berlin, wenn es meint, auch Auslegung und Anwendung dieses Sonderkündigungstatbestandes seien nicht zu beanstanden. Einerseits wird zwar betont, für die Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung im Sinne der Vorschrift reiche die vom LAG (in abenteuerlicher Weise, siehe unten) festgestellte Tätigkeit für das MfS nicht aus. Andererseits aber wird einzeln und allein auf die herausragende Stellung von Prof. Fink als Hochschullehrer und Rektor abgestellt und kein einziger Umstand im Sinne einer umfassenden „Einzelfallprüfung“ ins Feld geführt. So konterkariert das Gericht die tragende Begründung in den Fällen der Hochschullehrer, wonach es keine Beweislastumkehr bei dem Sonderkündigungstatbestand geben dürfe. Demgegenüber soll bei Hochschullehrern die Beschränkung der Unzumutbarkeitsprüfung auf die bloße „herausgehobene Stellung“ einer verfassungsrechtlichen Prüfung standhalten. Da ist es nur ein schwaches Trostpflaster, wenn die Ausführungen des LAG zu diesem Punkt vom Bundesverfassungsgericht als „recht pauschal“ kritisiert werden.

*Bei Hochschullehrern wird also die erforderliche „innere Bereitschaft“ zur Respektierung von Bürgerrechten usw. (siehe oben) einzeln und allein aus einer (angeblichen) Tätigkeit in einem nicht mehr existierenden Staat abgeleitet!*

3. Es bleibt aber dabei: Prof. Fink war nicht „IM Heiner“, hat keine Verpflichtungserklärung unterschrieben, irgendwelche Berichte für das MfS verfaßt, keine konspirativen Treffs durchgeführt, Geschenke angenommen o.ä. – geschweige denn jemand geschadet, das hat er anlässlich der Urteilsverkündung noch einmal betont. Er wurde wie alle, die in der DDRVerantwortung trugen, auch von der Stasi „abgeschöpft“. Er hat sich als engagierter Theologe immer wieder für die Bürgerrechte eingesetzt, wurde von der Stasi selbst flächendeckend überwacht, vor der Wende noch verprügelt usw. Es ist daher aus seiner Sicht zynisch, wenn das Urteil ausgerechnet ihm im Zusammenhang mit der erforderlichen „Einstellung zur Werteordnung des Grundgesetzes“ von Hochschullehrern vorhält:

*„Studenten sollen durch Lehrer und Studium zu kritischem Denken und zu freiem, verantwortlichem, demokratischem und sozialem Handeln befähigt werden. Hochschullehrer müssen diesem Auftrag glaubwürdig gerecht werden. ... Der Ruf einer Hochschule hängt nicht zuletzt von der Reputation ab, die ihre Professoren bei ihren Studenten, im Kollegium und in der Öffentlichkeit genießen. Eine Tätigkeit für das MfS führt zu einem weitreichenden Ansehenverlust.“*

Ausgerechnet dem ersten frei gewählten Rektor der Humboldt-Universität nach der Wende, der versucht hat, zusammen mit Studenten und Professoren die Humboldt-Universität mit den vorhandenen Menschen im Sinne eines kri-

## **Verfassungsgericht bestätigt Berufsverbote und politische Entlassungen im Osten**

# **Urteil gegen Prof. Heinrich Fink: „Nicht das letzte Wort“**

Von Rechtsanwalt Hans-Eberhard Schultz

Am 8. Juli hat das Bundesverfassungsgericht das Urteil über mehrere Verfassungsbeschwerden gegen die mehr als 10.000 Sonderkündigungen im Osten wg. angeblicher „Regimenähe“ verkündet. „SED-Parteiamt kein Kündigungsgrund“ schreibt die Presse zum Tenor. Tatsächlich hatte das Gericht fünf Verfassungsbeschwerden früherer Stasi-Mitarbeiter oder SED-Funktionäre gegen ihre Entlassung stattgegeben. Die Arbeitsgerichte müssen nun die Entlassung von drei früheren Lehrern, einem ehemaligen Lagerarbeiter und heutigen Küchenhelfer der Bundeswehr und einem Hauptsachbearbeiter der Berliner Verkehrsbetriebe erneut überprüfen. Drei weitere Klagen, darunter die des 1991 fristlos gekündigten ehemaligen Rektors der Berliner Humboldt-Universität, Heinrich Fink, eines Schuldirektors und eines Hochschuldozenten, wies das Gericht aber zurück und bestätigte damit wesentliche Grundsätze der politischen „Säuberungen“ und Berufsverbote im Osten. Der Bremer Rechtsanwalt Eberhardt Schultz, der Prof. Fink vor dem Verfassungsgericht vertrat, schreibt zum Karlsruher Urteil.

Die nach vier Jahren mit großer Spannung erwartete Verkündung hat die Hoffnung vieler, vor allem Ostdeutscher, nicht erfüllt. Das höchste Gericht hat die Chance versäumt, Auswüchse einer Justiz der Fachgerichte zu korrigieren, die von den Betroffenen zu Recht als „Siegerjustiz“ empfunden wird. Die längst überfällige Korrektur wird also der Europäischen Kommission bzw. dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg vorbehalten bleiben. Auch die anderen positiven Entscheidungen für die Beschwerdeführer dürfen

– so begrüßenswert sie sind – wohl nicht als substantieller „Beitrag zur inneren Einheit“ bewertet werden, wenn man die Begründungen im Verfahren Fink genauer betrachtet, dem ja von allen Seiten besondere Bedeutung und Symbolwert attestiert wurde. Als verfahrensbevollmächtigter Rechtsanwalt im Verfassungsbeschwerdeverfahren stelle ich nach erster Überprüfung des Urteils fest:

1. Die Ausführungen zur Verfassungsmäßigkeit des Sonderkündigungstatbestandes wegen Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) / Amt für nationale Sicherheit (Anlage I, Kapitel XIX, Sachgebiet A, Abschnitt III Nr. 1 Abs. 5 Nr. 2 des Einigungsvertrages) sind wenig überzeugend. Wird sie doch im Kern damit begründet: „daß durch eine solche Tätigkeit die Integrität des Betroffenen sowie seine innere Bereitschaft, Bürgerrechte zu respektieren und sich rechtsstaatlichen Regeln zu unterwerfen, nachhaltig infrage gestellt wird. Die systematische Ausforschung der eigenen Bevölkerung mit nachrichtendienstlichen Mitteln war ein besonders abstoßendes Herrschaftsinstrument.“

Bei aller berechtigten Kritik an der Tätigkeit des Stasi als Geheimdienst im Dienste des DDR-Regimes fragt man sich erstaunt, wie vor diesen Maßstäben unsere Verfassungsschützer und andere unheimliche Dienste bestehen sollen, die die politische Opposition bis hin zur PDS oder diskriminierte Minderheiten wie Kurden u.a. systematisch bespitzeln. Außerdem scheint es, als wolle man bestimmten Menschengruppen aus der ehemaligen DDR die Lernfähigkeit absprechen, die man selbst Verantwortlichen des NS-Regimes vorschnell attestiert hatte ...

2. Das Bundesverfassungsgericht wie-

Sondersitzung am 26.11.1991

### Beschluß

1. Der Akademische Senat der Humboldt-Universität zu Berlin verurteilt entschieden die nicht rechtsstaatliche Praxis des Senators für Wissenschaft und Forschung, fristlose Kündigungen auszusprechen und bezieht sich dabei ausdrücklich auf das gegenüber dem Rektor praktizierte Verfahren.
2. Der Akademische Senat der Humboldt-Universität zu Berlin stellt sich voll hinter das Wirken Prof. Heinrich Finks als Rektor dieser Universität. Das Vertrauen in die persönliche Integrität von Rektor Fink ist für den Akademischen Senat durch das Schreiben des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatsicherheitsdienstes vom 25.11.1991 nicht in Frage gestellt.
3. Der Akademische Senat der Humboldt-Universität zu Berlin, die Prorektoren und alle anderen Selbstverwaltungsgremien werden alle Kraft einsetzen, um den eingeschlagenen Weg, der durch diese Gremien und diesen Rektor begonnen wurde, fortzusetzen.
4. Der Akademische Senat der Humboldt-Universität zu Berlin beschließt, daß die Wahlen zum Senat und Konzil erst stattfinden, wenn die Vorwürfe gegen den Rektor gerichtlich überprüft worden sind.

1991 war der im April 1990 zum Rektor der Humboldt-Universität in Berlin gewählte Prof. Fink trotz Protesten und Warnstreiks der Studierenden und Mitarbeiter an der Humboldt-Universität, der GEW, des Akademischen Senats u.a. von Wissenschaftssenator Erhardt wegen bis heute unbewiesener „IM“-Vorwürfe entlassen worden – Höhepunkt einer Säuberungswelle, bei der bis Frühjahr 1991 über 2.000 wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Beschäftigte, Lehrkräfte und Professoren allein diese Universität verlassen mußten, abgewickelt wurden usw.

tischen Reformmodells zu erhalten: Dies war der wahre Hintergrund seiner Entlassung, deshalb geriet er in die Schlagzeilen und wurde von manchen Politikern und den Meinungsmachern von FAZ, Spiegel u.a. als „IM Heiner“ diskriminiert. Die Betroffenen haben den Ruf der Universität nie gefährdet gesehen. Im Gegenteil: Noch nach seiner fristlosen Kündigung haben die maßgeblichen Gremien ihm erneut mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen, worauf das Urteil nur am Rande nach dem Motto hinweist: verfassungsrechtlich unbeachtlich. Daß sich aber bis heute niemand gemeldet hat, der von der angeblichen Tätigkeit für das MfS geschädigt wurde, während umgekehrt eine Reihe von Betroffenen das Engagement von Prof. Fink für ihre Bürgerrechte zu DDR-Zeiten dokumentiert haben, ficht das Bundesverfassungsgericht offensichtlich nicht an.

4. Im Kern vollzieht das Bundesverfassungsgericht den „Eiertanz“ des LAG nach: Weil bei seiner herausgehobenen Stellung die bloße Tätigkeit für das MfS im Ergebnis ausreicht, wird diese aus einer Beweisaufnahme abgeleitet, die eigentlich das Gegenteil ergeben hatte.

Hatten doch beide Stasi-Zeugen ausgesagt, Prof. Fink sei nicht für sie als „IM Heiner“ tätig gewesen. Das Bundesverfassungsgericht hält dies für verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Bleibt zu hoffen, daß die Richter in Straßburg im Gegensatz zu ihren Karlsruher Kollegen das LAG-Urteil als das bewerten, was es ist: Die Absegnung der Entlassung aufgrund einer völlig willkürlichen Unterstellung der IM-Tätigkeit eines engagierten Hochschullehrers, der sich der Abwicklung widersetzt hat und mit großer Unterstützung ein kritisches Reformmodell versucht hat.

5. Diese dürfte begründete Entscheidung nach vier Jahren Verfassungsbeschwerdeverfahren und einer mündlichen Verhandlung in Leipzig ist ein schwerer Schlag. Warum der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hierfür so lange gebraucht hat, ist nicht nachvollziehbar, bei sofortiger Ablehnung der Verfassungsbeschwerde hätten wir nicht vier Jahre für die Menschenrechtsbeschwerde in Straßburg verloren. Aber – wie Prof. Fink es formuliert hat – „Der Kampf geht weiter – jetzt erst recht!“

Bremen, den 9.7.1997

## „Keine Rücksicht auf Verfassungsgarantien und Grundrechte“

Das Bundesumweltministerium hatte zum 10. Juli zu einer Anhörung der Verbände aus Elektrizitätswirtschaft, Atombetreibern und Umwelt zur Novellierung des Atomrechts eingeladen, der BBU und BUND gefolgt sind.

Die Bürgerinitiativen lehnen die Regelungen, die mit den Gesetzentwürfen durchgesetzt werden sollen, entschieden ab:

1. die Abweichung von Sicherheitsanforderungen bei Änderungsgenehmigungen für Atomkraftwerke,
2. das sog. Prüfverfahren für den geplanten Europ. Druckwasserreaktor EPR,
3. die Regelungen zur Endlagerprivatisierung und zur Lex Bernstorff, zwecks Enteignung der Salznutzungsrechte am Salzstock Gorleben,
4. die Verlängerung der Betriebsgenehmigung für das ehem. DDR-Atommüll-Endlager Morsleben um weitere 5 Jahre. In der Auseinandersetzung um die ersten beiden Punkte wurde offensichtlich, daß die Verhandlungsleitung vom BMU die Auseinandersetzung thematisch eng beschränken wollte.

- Bei der Neuregelung für Änderungsgenehmigungen für Atomkraftwerke werden die Schutzzansprüche der Betroffenen mißachtet: Billigversion statt Sicherheit.
- Zu dem sogenannten Prüfverfahren für den EPR sollte der Eindruck erweckt werden, die Beteiligungsrechte der Bürger im Rahmen des Genehmigungsverfahrens würden nicht eingeschränkt. BBU und BUND stellten richtig, daß eben diese Beschränkung der Schutzrechte der Bürger die praktische Folge des Prüfverfahrens sein wird.

Für die Beurteilung der Auswirkungen des sog. Prüfverfahrens müssen technische Detailfragen diskutiert werden, insbesondere daß der Sicherheitsbehälter des EPR bei einer Kernschmelze unter hohem Druck im Primärkreislauf vom raketenartig herausfliegenden Reaktordruckbehälter zerstört werden kann. Das Einbringen solcher technischen Argumente wurde vom Verhandlungsleiter für unerwünscht erklärt.

Damit war endgültig die Haltung der Verhandlungsleitung gegenüber den Interessen der Bürger klargeworden. BUND und BBU betrachteten deshalb ihre weitere Teilnahme an der Anhörung nicht mehr für sinnvoll. Sie verzichteten auf die Diskussion weiterer Punkte. Sie verließen unter Protest gegen die beabsichtigten rücksichtslosen Einschränkungen von Grundrechten der Bürger die Sitzung.

Von nun an wird die öffentliche Diskussion dieser politischen Probleme verstärkt werden.

(Presseerklärung der BBU, Bonn, 10.7.1997)

**M**it einiger Verzögerung haben nun auch deutsche Medien wieder mal über Angola berichtet (vgl. FR 30.6. und FAZ 3.7.97). Zuverlässiger jedoch als selektive deutsche Berichterstattung hat sich in den letzten Jahren der „Angola Peace Monitor“, unterstützt von der englischen Anti-Apartheid-Bewegung, zu einer regelmäßigen Informationsquelle entwickelt. Die gegenwärtige erneute militärische Konfliktlage im Land zwischen MPLA-Regierung und UNITA-Truppen wird von ihnen als außerordentlich spannungsreich bezeichnet, obwohl seit drei Jahren versucht werde, die nationale Versöhnung einzuläuten.

UNITA wird von dieser Londoner Nachrichtenquelle, die jeweils monatliche Zusammenfassungen erstellt, hauptverantwortlich dafür gemacht, trotz der relativ kriegsarmen Phase der letzten Jahre seine bewaffneten Truppen reorganisiert zu haben. Die UNO schätzt, daß sie nach wie vor 35.000 Soldaten befehligt. Das Gegenteil hätte nach dem Abkommen von Lusaka / Sambia stattfinden sollen: Entwaffnung und Reintegration der restlichen UNITA-Truppen in die offizielle Armee. Überwacht werden sollte dies von UNAVEM, der UN-Mission, die sich nunmehr in MONUA umbenennen wird. Deren Präsenz ändert jedoch nichts am herrschenden, labilen Kräfteverhältnis im Land. An den friedlichen Übergang, an eine ehrliche Zustimmung Savimbis hatten jedoch die wenigsten geglaubt – abgesehen von deutschen Verwaltungsrichtern und Schreibtischtätern, die nunmehr kein Hindernis mehr für eine Abschiebung nach Angola erkennen können.

Tatsächlich war die UNITA in den letzten Monaten noch eine Hauptstütze für den Nachbarn Mobutu in Zaire geworden, so wie dieser früher den Konflikt in Angola mitgeschürt hatte. De facto hat-

te Savimbi immer wieder seine Zustimmung zum praktischen Entmilitarisierungs- und Reintegrationsprogramm hinausgezögert, hatte sogar den von der MPLA angebotenen Posten eines Vizepräsidenten abgelehnt, da dieser nicht mit genügend Vollmachten ausgestattet wäre. Zuletzt waren bei ihm die Hutu-

Fronten gewechselt und bieten nun der Regierung ihre militärische und ökonomische Zusammenarbeit an; am Ölgeschäft partizipieren sie schon. Und Coca-Cola ist auch schon dort. Kubanische Ärzte, die früher – noch unter dem Generalsekretär Neto – der MPLA im Gesundheitssektor sehr ausgeholfen haben, waren schon lange nach Havanna zurückgekehrt. Mandela bemüht sich – wie im Congo – auch hier, seine Vermittlungen – bislang allerdings erfolglos – zum Ziel zu bringen.

Bei den kritischen Gebieten im Land geht es einerseits um den Nordosten Angolas, bislang Basis der UNITA-Kräfte. Hier liegen Diamantenvorkommen, die Savimbi gewinnbringend veräußert. Mit den geschätzten 1 Milliarde DM Einnahmen werden hauptsächlich Waffen aus Osteuropa und Südafrika gekauft, die auf dem Waffenmarkt feilgeboten werden. Zusätzlich seien der UNO zahlreiche Waffen abgenommen worden, berichten UNITA-Derserteure.

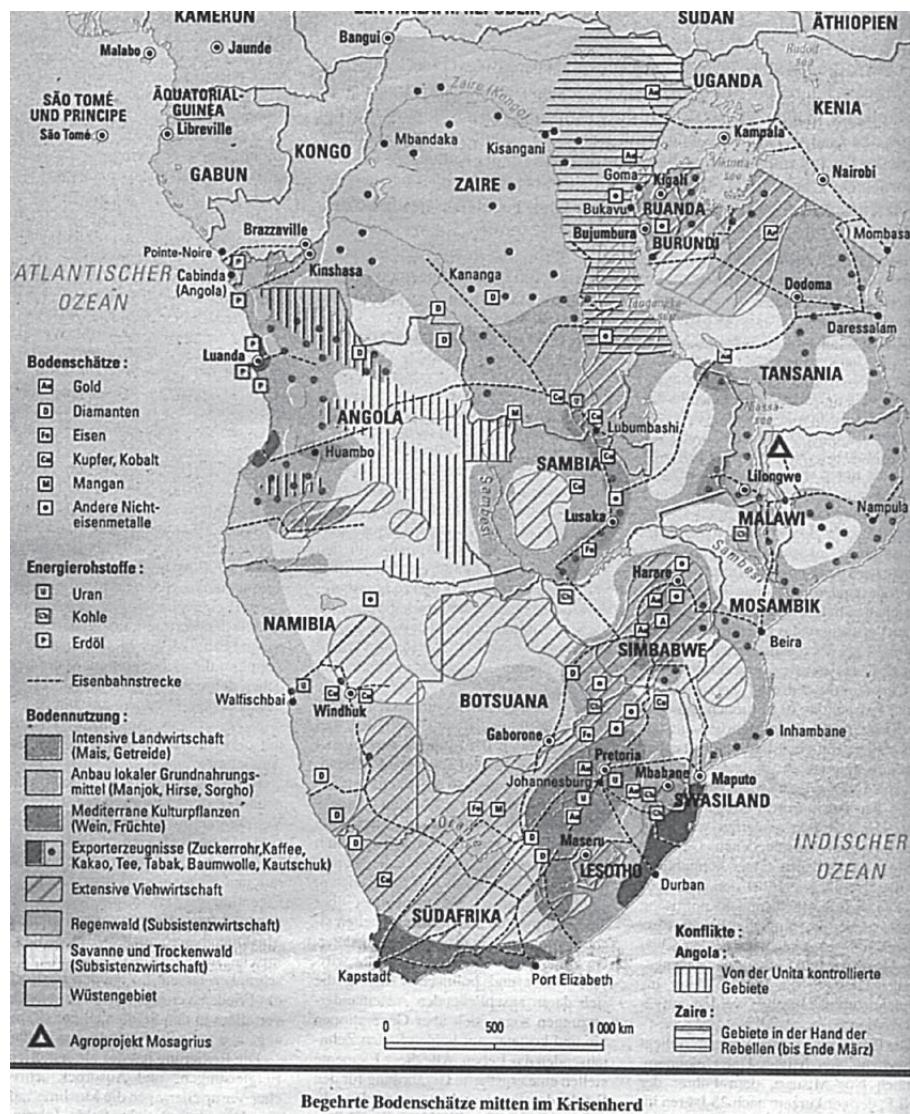
Es geht andererseits um den Südosten Angolas, die Gebiete zu Namibia und Sambia, wo noch zahlreiche Flüchtlinge auf ihre Rückkehr warten. Diese ist im Juni von der UNO aus Sicherheitsgründen gestoppt worden, außerdem fehle das Geld für ihre Wiederaufbau. (Dies hindert aber Coca-Cola nicht, 20 Millionen für eine

Abfüllanlage lockerzumachen, vermutlich zu billigen Regierungskrediten, die diese aus ihrem Erdölgeschäft erwirtschaften; mit Geld aus diesen Geschäften wurden auch schon Ex-Soldner aus Südafrika angeheuert.)

Der Prozess der anhaltenden Destabilisierung ist damit in Verbindung zu bringen, daß Savimbi zwar 1992 die Wahlen verloren hatte, dennoch im Lusaka-Abkommen einige Vorteile aushandeln konnte, die er nunmehr auszuweiten ge-

### Zunehmende Spannungen in Angola

## US-Neuordnung in Afrika facht den Krieg in Angola wieder an



Begehrte Bodenschätze mitten im Krisenherd

Milizen aus Rwanda willkommen. Die angolanische Regierung warnte gleich im Mai 1997, daß diese Hutu-Milizen die innere Sicherheit gefährden könnten. Die Luanda-Regierung hatte Kabila und der ADLF ihre Unterstützung versichert – was Mobutu zuletzt noch dazu mißbrauchte, eine Invasion angolanischer Truppen herbeizureden.

Auch international hatten sich einige Änderungen abgezeichnet: die USA haben auch in Angola seit längerem die

denkt, indem er immer neue Drohungen ausstößt. Bis hin zu einem Stadtguerilla-Krieg gehen seine „Ankündigungen“. Im Norden kann er sich außerdem der Unterstützung eines Teils der Bakongo sicher sein, die schon häufiger zwischen UNITA- und MPLA-Stühlen saßen. Ihre ethnische Nichtanerkennung veranlaßt sie, bei UNITA Schutz zu suchen. Ihre Vorstellung geht zum Teil in Richtung der Rückkehr zu einem (früher bestehenden) Königreich, Nordangola und West-Connago umfassend.

Der Konflikt verläuft offenkundig aber auch quer durch die UNITA-Kräfte. Ein ehemaliger General der UNITA hat inzwischen sein „Demokratisches Angola-Forum“ gegründet, andere waren – entgegen der Anweisung von Savimbi – in die Nationalversammlung gegangen.

#### **BRD: Kein Grund für Abschiebestopp!**

Unabhängig von der politischen Gemengelage im Land konnte die deutsche Botschaft schon 1995 nicht umhin festzustellen, daß die minimalen Existenzbedingungen in weiten Teilen Angolas aus eigenen Kräften nicht bestehen. Sie würden allein durch Luftversorgungsaktionen der UN sichergestellt werden können, Minen würden den Landtransport unmöglich machen. (Statistiken stellen fest, daß hier die größte Minengefahr der Welt existiert.) „Das Gesundheits- und Hygienewesen ist vollständig zusammengebrochen, so daß regelmäßige auftretende Cholera, Typhus- und Malaria-Epidemien ihren Soll fordern, ebenso wie die sich ausbreitende Schlafkrankheit,“ so weiter die deutsche Botschaft. Eine extreme Gefährdungslage wird deshalb dennoch nicht angenommen! Daran wird sich nach Meinung deutscher Behörden auch dann nichts ändern, wenn nunmehr erneut wegen Regenmangels eine schlechte Ernte zu erwarten ist, wenn von den schätzungsweise 20 Millionen Minen ständig neue Menschen verletzt und getötet werden. Neben einigen Missionsgesellschaften ist auch Medico International in Frankfurt in Angola tätig, es unterstützt ein Programm zur Rehabilitation in Luena, im Osten Angolas.

Sie berichten: „In den aus Lehmziegeln fabrizierten Adobe-Häusern der Stadtteile, wo große Familien sich in kleinen Räumen drängen, wo die bei der Verteilstelle des Welternährungsprogramms erhaltenen Nahrungsmittel sorgfältig ausgegeben werden, wo um das Haus ein paar Maiskolben wachsen und das einst der Familie gehörende größere Maisfeld wegen der Minen noch nicht erreichbar ist – in all diesen Häusern sterben Kinder unnötigerweise an Durchfall, Masern oder Gehirnmalaria; in all diesen Häusern haben die Menschen in ihrer Erinnerung die Bilder des Krieges ... Alle reden von Rehabilitation. Wie sie von Freunden reden. Was könnte das Wort Menschen bedeuten? Vielleicht das Wieder-fähig-machen? Das Wieder-leben-können.“ Keine schlechte Frage! mc



## **Militär und Geheimdienst haben die Macht im Lande Peru: Fujimori will Presse zähmen**

**Der peruanische Geheimdienst soll einen speziellen Plan entworfen haben, mit dem die unabhängige Presse eingeschüchtert werden soll.**

Im Rahmen des „Plan Azar“ werden danach gewöhnliche Kriminelle unter Vertrag genommen, um per Los ausgesuchte JournalistInnen zu verprügeln. Zu den jüngsten Opfern gehörte der politische Chronist Luis Angeles Laynes. Er entkam am 1. Juli einem Entführungsversuch, mußte jedoch viele Schläge von seinen drei Angreifern einstecken. Drohungen hat es ebenfalls gegen in Lima akkreditierte AuslandskorrespondentInnen gegeben. Die Regierung macht sie für „das schlechte Bild des Landes im Ausland“ verantwortlich.

Inzwischen haben knapp 20 internationale JournalistInnenorganisationen einen gemeinsamen Brief an Präsident Alberto Fujimori verfaßt. Darin drücken sie ihre Besorgnis über das feindselige Klima aus, das in Peru gegenüber JournalistInnen herrscht, die kritisch über die Regierung berichten. Die Verbände erinnern an eine Rede Fujimoris vor der Versammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA), in der er einige JournalistInnen der Korruption beschuldigte. Die Beweise für seine Behauptungen ist der peruanische Präsident bisher schuldig geblieben.

Mit der Aberkennung der Staatsbürgerschaft für den Eigentümer des Fernsehkanals „Frecuencia Latina-Canal 2“ hat das Vorgehen der peruanischen Behörden gegen die kritischen Medien nun einen neuen Höhepunkt erreicht. Dem Unternehmer Baruch Ivcher, der sich derzeit in den USA aufhält, werden Unregelmäßigkeiten bei der Beantragung der peruanischen Nationalität vorgeworfen. Sie war ihm im Dezember 1994 verliehen worden. Die peruanische Staatsgewalt reagierte nur Stunden, nachdem im Programm „Contrapunto“ von Frecuencia Latina belegt wurde, daß die peruanischen Geheim- und Sicherheitsdienste systematisch die Telefonge-

spräche von PolitikerInnen, JournalistInnen, UnternehmerInnen, RichterInnen und ausländischen DiplomatInnen abhören. Damit hat die Regierung erneut einen Skandal ausgelöst. Mehrere Opfer der Spionage erklärt, Fujimori habe eine Diktatur, ein Polizeiregime errichtet.

Während des Fernsehprogrammes wurden 197 Aufnahmen von abgehörten Telefongesprächen wiederholt, einschließlich eines Telefonates eines regierungstreuen Verfassungsrichters. Der Generalstaatsanwalt Miguel Aljovin sagte eine Untersuchung über die von Frecuencia Latina aufgedeckte Telefonspionage zu. Das Abhören von Telefonaten ist in der Amtszeit Fujimoris mehrmals Diskussionsthema gewesen. Zur Rechenschaft gezogen wurde deswegen aber noch niemand. Der peruanische Ombudsman Jorge Santisteban erklärte seine Bereitschaft, sich des Themas anzunehmen. Den Entzug der peruanischen Staatsangehörigkeit von Baruch Ivcher bezeichnete er als verfassungswidrig.

Gegen die Einschränkungen der Pressefreiheit hatte in den letzten Tagen der Dachverband der peruanischen Gewerkschaften CGTP aufgerufen. Neben Demonstrationen in der Hauptstadt Lima kam es zu Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht auch in anderen Städten. In Lima versuchten die Demonstranten den Regierungspalast zu stürmen. Der CGTP fordert nicht nur die Rücknahme der Preszensur, sondern auch den Rücktritt von Präsident Fujimori. Sein wirtschaftspolitischer IWF-Kurs sei katastrophal für die Armen in Peru. In den letzten Tagen haben zudem verschiedene Minister die Regierung verlassen.

Immer deutlicher wird, daß Peru von einer Militärdiktatur beherrscht wird. Am Wochenende traf sich Fujimori mit der Führung des Generalstabes der Armee, während gleichzeitig eine Demonstration vor dem Präsidentenpalast von Militärpolizei auseinandergejagt wurde. Der Befehlshaber der Streitkräfte, Hermoza, sicherte Fujimori die Unterstützung der Streitkräfte zu. hav/Poona

## Momentan keine Hoffnung für baskische politische Gefangene

Von M. Ostrowski

Noch am 9. Juli hatte die Kommission für Menschenrechte des baskischen Parlaments in Gasteiz mit den Stimmen von PNV (baskische Nationalpartei), EA (baskische Sozialdemokraten), Herri Batasuna und IU (= Vereinigte Linke) beschlossen, die Strafvollzugspolitik des spanischen Staates und die Verteilung der baskischen politischen Gefangenen auf die verschiedenen, weit vom Baskenland entfernt liegenden Gefängnisse (die „dispersion“) vor den europäischen Instanzen anzuklagen. Carlos Iturgaiz, Vorsitzender der rechten PP im Baskenland, kritisierte daraufhin heftig, daß PNV, EA und IU ein Abkommen mit Herri Batasuna den Vorschlägen der PP vorzogen.

Es folgten die Ereignisse, die in der internationalen Presse breiten Widerhall fanden: Am Nachmittag des 10.7. erklärte ein Anrufer im Namen der ETA der Radiostation des „egin“, man habe Miguel Angel Blanco entführt, einen Ratsherren für die PP in Ermua (Bizkaia). Wenn die baskischen Gefangenen nicht binnen 48 Stunden in Gefängnisse des Baskenlandes überführt würden, werde man das Ratsmitglied töten. Die spanische Regierung ging nicht auf das Ultimatum ein. Es ergingen zahlreiche Appelle an die ETA, Blanco am Leben zu lassen; auch der HB-Parlamentarier Patxi Zabaleta forderte die ETA öffentlich auf, das Leben des PP-Rates zu schonen, auch wenn die Regierung nicht auf die ETA-Forderung eingehe. Doch am Nachmittag des 12.7. (Samstag) wurde Miguel Angel Blanco schwer verletzt gefunden und starb wenig später im Krankenhaus.

Die Parteien des Paktes von Ajuria Enea (PP, PSOE, IU, PNV und EA) richteten am Sonntag, den 13. Juli, harte Vorwürfe an Herri Batasuna. Sie beschuldigten die baskische Linkspartei der Komplizenschaft mit der ETA wegen ihres Schweigens angesichts des Attentats, das Blanco das Leben kostete. Die Parteien des Paktes riefen dazu auf, HB zu isolieren: In Verteidigung keiner einzigen Sache werde man mehr gemeinsam mit HB agieren, so legitim diese Sache auch sein möge. Die ETA habe den Bemühungen um Dialog und Versöhnung einen tödlichen Schlag versetzt. „Wir hatten eine solche Grausamkeit und Gemeinheit nicht erwartet ... ETA steht heute so alleine da wie noch niemals.“

In seiner Antwort schlug Herri Batasuna den anderen Parteien vor, gemeinsam eine politische Lösung, einen politischen Ausweg zu suchen. Der Konflikt sei durch die Strafvollzugspolitik entstan-



Im Jahr 1997 wurden bis zum 12. Juni genau 799 Basken aus politischen Gründen verhaftet, davon 382 Jugendliche. Am 5. Juni etwa hatte die spanische Polizei 6 Jugendliche in Orereta und Lezo wegen „Eintretens für die ETA“ verhaftet. Gegen die anschließende Protestdemonstration in Orereta ging die Polizei wieder mit brutaler Gewalt vor, es gab mehrere Verletzte und erneute Verhaftungen. (Bild: Egin)

den, hier sei politisches Handeln geboten.

Der Aufruf zu einer Arbeitsniederlegung am Montag für eine Stunde als Ausdruck des Protestes gegen den ETA-Mord, den die im Baskenland tätigen Parteien mit Ausnahme Herri Batasunas unterstützten, wurde in Euskadi weithin befolgt; für die Provinz Gipuzkoa etwa wurden 90% Beteiligung mitgeteilt.

Die permanente Abordnung des baskischen Autonomieparlaments in Gasteiz kündigte am Montag, dem 14. Juli an, daß die übrigen parlamentarischen Gruppen nicht mehr gemeinsam mit Ezker Abertzalea, der Parlamentsgruppe HBs, tätig werden würden und keine Initiative mehr mit dieser Gruppe realisieren würden, wenn Ezker Abertzalea sich nicht der Verurteilung des Todes von Blanco anschließt. Ein alternativer Resolutionstext, den der Sprecher von Ezker Abertzalea, Kamelo Landa, vorgelegt hatte, wurde von den übrigen Gruppen abgelehnt. Landa führte in seinem Text aus, es sei nicht an der Zeit, eine Hexenjagd zu organisieren, sondern demokratische politische Lösungen zu finden. Es zeige sich von neuem, daß die Strategie der Repression nichts Gutes für das Volk bringe, sondern nur Leiden.

Am gleichen Tag verurteilte der Verband der HB-Gewerkschaft LAB von Tafalla (Nafarroa) energisch die Ermordung des PP-Rates Blanco und forderte die Gewerkschaftsleitung auf, ebenfalls ihre Ablehnung zu zeigen. „Dieser brutale Akt trägt in keiner Weise zum Kampf bei, den wir für die Befreiung unseres Volkes führen.“ Wie gleichzeitig bekannt wurde, drückten auch die Repräsentan-

ten der Gewerkschaft LAB im Unternehmen CAF in Beasain (Gipuzkoa) ihre Solidarität mit der Familie von Miguel Angel Blanco aus.

Javier Madrazo von der Vereinigten Linken (IU) wies darauf hin, daß das Attentat eine Erschütterung in der Welt von Herri Batasuna ausgelöst hat. Es gebe dort viele Leute, die mit der ETA-Aktion nicht einverstanden seien; diese seien aufgefordert, sich öffentlich zu äußern. Jose Antonio Aranza (PNV) sagte voraus, nach dem ETA-Mord würden viele Basken HB und ETA den Rücken kehren.

Der spanische Innenminister, Jaime Mayor Oreja, bezeichnete den ETA-Mord als reinen Racheakt. Er äußerte die Meinung, daß der ETA in Wirklichkeit die Zusammenziehung ihrer Gefangenen im Baskenland gleichgültig sei. Der Sprecher der PNV im Abgeordnetenhaus, Inaki Anasagasti, erklärte am 16.7., daß mit dem Tod von Miguel Angel Blanco jede politische Möglichkeit für ein rascheres Heranbringen der baskischen politischen Gefangenen in den Bereich des Baskenlandes zerstört sei. Sein Parteifreund, der Präsident der Menschenrechtskommission des baskischen Parlaments Jose Antonio Rubalcaba, will mit EA und mit der Vereinigten Linken reden, um mit diesen Parteien eine gemeinsame Haltung zu erreichen.

Floren Aoiz, Sprecher HBs, sah in einem am 17.7. im *egin* veröffentlichten Interview HB als Opfer einer Medienkampagne, gelenkt von PP und PSOE. Er zeigte sich davon überzeugt, daß die Versuche, HB zu isolieren, keinen dauerhaften Erfolg haben würden.

## Verhandlungen über Flüchtlinge und Einwanderer

(New York, 14. Juli, *prensa latina-Poonal*). Kuba und die USA führen am Sitz der Vereinten Nationen die siebte Gesprächsrunde über das Thema Migration. Für die kubanische Seite führt Parlamentspräsident Ricardo Alarcón die Delegation an, die USA schicken mit John Hamilton den Staatssekretär des US-Außenministeriums für Mittelamerika und die Karibik. Inhalt der Gespräche ist die Erfüllung der 1994 und 1995 geschlossenen Abkommen. Ob es eine neue, umfangreichere Vereinbarung geben wird, ist noch unklar. Die USA hatten sich bei den vergangenen Gesprächen verpflichtet, jährlich mindestens 20.000 Visa für einwanderungswillige KubanerInnen auszustellen. Sie sagten zu, illegal einreisende KubanerInnen zurückzuschicken, was bisher in mehr als 600 Fällen geschah. Kuba ist jedoch nicht vollständig mit der Einhaltung der Abkommen zufrieden. So verlangt das Land die Auslieferung des Kubaners José Fernández Pupo, der vergangenes Jahr ein kubanisches Flugzeug entführte und von einem US-Gericht freigesprochen wurde.

## Baueraufstand in Ägypten

In Ägypten wird jetzt eine der großen Erungenschaften des Republikgründers Gamal Abdel Nasser wieder rückgängig gemacht. Fabriken, Firmen, Grund und Boden sollen wieder in Privatbesitz übergehen. Anfang Oktober tritt das Gesetz Nummer 62 in Kraft, mit dem die sozialistischen Landreformen der 50er Jahre außer Kraft gesetzt werden. Nasser hatte nach Anschaffung der Monarchie im Jahre 1952 einige Großgrundbesitzer enteignet und andere dazu verpflichtet, ihr Land in Erbpacht zu geben. Generationen von Familien konnten so das Land zu günstigen Bedingungen bewirtschaften. Sechs bis sieben Millionen Menschen, ein Zehntel der Bevölkerung Ägyptens, sind von der Gesetzesänderung betroffen, sagen Vertreter der linken

Opposition. Die Pächter (Fellachen) befürchten nun, massenhaft von den Ländern, die sie seit Jahrzehnten bebauen, vertrieben zu werden oder die höheren Pachten nicht mehr bezahlen zu können. Deshalb sind sie zu Protestaktionen übergegangen. Die Fellachen riegeln die Dörfer ab, in denen Beamten der Regierung die neuen Besitztitel festlegen wollen. Bei Polizeieinsätzen gab es bisher mehrere Tote und Verletzte. Die ganze Angelegenheit kann sich zu einen Volksaufstand entwickeln. Die Regierung verfolgt die linke Opposition, weil sie ihr Aufstachelung zum Aufstand vorwirft. Die Vertreter der islamischen Opposition in Ägypten unterstützen das Gesetz, weil der Islam das Privateigentum respektiert.

## Türkei: Tansu Ciller CIA-Agentin?

Der türkische Generalstabschef hat den Militärstaatsanwalt beauftragt, gegen die ehemalige Ministerpräsidentin und Vorsitzende der „Partei des Rechten Weges“ Tansu Ciller ein Ermittlungsverfahren wegen „Spionage und Vergehens gegen das Vaterland“ einzuleiten. Der Kontakt mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA soll 1967 angeknüpft worden sein, als Tansu Ciller Absolventin des amerikanischen Robert Colleges in Istanbul war. Während eines Studienaufenthaltes in den USA habe sie in „Camp Peary“ eine Ausbildung erhalten. Seit 1970 sei sie im Besitz einer Green Card (Aufenthaltsberechtigung für die USA) und pikantweise seit 1979 auch amerikanische Staatsbürgerin. Ein Journalist der Tageszeitung *Hürriyet* berichtet, ihm lägen Erklärungen zweier ehemaliger Mitarbeiter des CIA vor, die eine Zusammenarbeit mit Tansu Ciller bestätigten: Seit 1974 habe sie für ihre Dienste jährlich 100.000 Dollar erhalten. Die CIA habe ihre Agentin unter dem Decknamen „Die Rose von Istanbul“ geführt.

## Österreich: Militär gegen Flüchtlinge

Damit die Jagd auf Flüchtling und MigrantInnen, die versuchen, in die Festung

Europa einzudringen, noch erfolgreicher durchgeführt werden kann, werden 7 Heliporter um 180 Mio. Schilling aufgerüstet. Ab 27. Oktober werden sie im Rahmen des Assistenz-einsatzes des Bundesheeres an der 1.257 km langen österreichischen Grenze eingesetzt. Die Maschinen vom Typ Alouette 3 und Bell OH-58 „Kiowa“ werden ab Juli in einem Nord- und einem Südabschnitt mit Stützpunkten in Allensteig und Punitz bei Güssing stationiert. Die zusätzliche Ausrüstung sieht Nachsichtssysteme, Satellitennavigation, Suchscheinwerfer, zusätzliche Funkgeräte und Radarhöhenmesser vor. Der Leiter der Luftabteilung, Brigadier Josef Bernicker, spricht von einer „ungeheuren Aufgabe“ für seine 28 Bundesheerpiloten. Manfred Matzka ist stolz darauf, daß Österreich als erstes Land nur zwei Jahre gebraucht hat, um die „Schengenreife“ zu erreichen. Etwa 2,5 Mrd. Schilling wurden investiert. Ab 1.7. übernahm Österreich für sechs Monate den Vorsitz der Schengen-Staaten.

## Iran: Streikende Ölarbeiter in Haft

Im Frühjahr gab es einen Streik der iranischen Erdölarbeiter für höhere Löhne und die Zulassung von Gewerkschaften. Dieser wurde blutig von der Regierung niedergeschlagen. Vom Verein zur Verteidigung der politischen Gefangenen im Iran aus Köln kommt nun die Mitteilung, daß die Ölraffineriarbeiter Hosein Rasseli, Majid Riahi, Masoud Nickchah, Karim Hajmohamadi und Morteza Alipoor in Teheran weiter in Haft gehalten werden. Darüber hinaus wurden Ali Hajghassem aus der Pars Nabati Öl-Fabrik und 16 protestierende Arbeiter der Traktorenfabrik TABRIZ im Juni 1997 inhaftiert. Zum Tode verurteilt wurden die Mitglieder der Volksfeddayin (Minderheit), Saeed Jawadi, Mohsen Karimi und Mehrdad Ehsami u.a. Da die Hinrichtung von Streiführern häufig vorkommt, muß mit weiteren Todesurteilen gegen die Inhaftierten gerechnet werden.

(Zusammenstellung: hav)



## Kuba: Che kehrt zurück

(Havanna/Montevideo, 13. Juli, *comcosur-Poonal*). Nach 30 Jahren ist Ernesto Che Guevara nach Kuba zurückgekehrt. Seine sterblichen Reste sowie die der drei anderen kubanischen Guerilleros, die mit ihm in Bolivien kämpften, waren zuvor endgültig identifiziert worden. Auf Kuba fand ein Staatsakt statt, bei dem die Kinder der Guerilleros Präsident Fidel Castro baten, die Särge entgegenzunehmen. „Mehr als unsere Väter sind es Söhne des Volkes, das sie so würdig vertreten“, verlas Che Guevaras Tochter Aleida eine Erklärung. Mit zum Teil gebrochener Stimme sagte sie weiter: „Vor mehr als 30 Jahren verabschiedeten sich unsere Väter von uns, sie gingen weg, um den Idealen von Bolívar, von Martí zu folgen ... heute sind ihre sterblichen Überreste hier, aber sie kommen nicht als Besiegte, sondern als Helden, ewig jung, stark, kühn, mutig ...“ Mit Guevara kehrten auch Alberto Fernández, René Martínez und Orlando Pantoja zurück. In Uruguay versicherte der ehemalige Guerillero und Führer der Tupamaros, Julio Marenales, Che bleibe lebendig, denn die Ziele, für die er sein Leben gelassen habe, seien noch nicht erfüllt.

WEHR. Über 400 Menschen haben am Samstag, den 19.7., im südbadischen Wehr gegen einen Parteitag der baden-württembergischen „Republikaner“ demonstriert.

Schon am frühen Morgen vor Beginn des Parteitags versuchten Jugendliche, den Zugang zu der

Tagungshalle zu blockieren. Die Polizei – 300 waren im Einsatz – ging massiv dagegen vor. 17 DemonstrantInnen wurden vorübergehend festgenommen, mindestens zwei junge Frauen verletzt. Die Stadt Wehr hatte die Halle den „Republikanern“ zunächst verwehren wollen, diese hatten aber gerichtlich durchgesetzt, daß die Veranstaltung stattfinden konnte. Zu der Demonstration und Kundgebung am Mittag hatten unter anderen auch der DGB, die SPD, VVN-BdA und die Grünen aufgerufen.

u.b., Bild: Südwest-Funk



## Proteste gegen Ehrenbürgerwürde für Rüstungsfabrikant Diehl

NÜRNBERG. Mit Plakaten und Flugblättern protestierten die Grünen und das Evangelische Friedensforum am 16. Juli dagegen, daß der 90jährige Karl Diehl, Seniorchef einer der größten deutschen Rüstungsfirmen, zum Ehrenbürger ernannt wird. Die CSU hatte die Nürnberger Auszeichnung nur mit Hilfe der beiden Stadträte der Republikaner durchsetzen können. SPD und Grüne wählten ihn nicht. Die sechs Stadträte der Grünen verließen während der Laudatio aus Protest den Saal. Sie bezeichnen Diehl als Kriegsgewinner und belegen dies u.a. mit Dokumenten zur Beschäftigung von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen in Diehls Waffenschmieden. Die Diehl-Betriebsräte dagegen stellten sich bei einer Kundgebung hinter den Rüstungsfabrikanten. Diehl habe nach dem Krieg mit „unglaublicher Kraft und Zähigkeit“ Arbeitsplätze geschaffen. Quelle: SZ 17.7.

## Aufruf für unzensierte studentische Politik und freie Presse

BREMEN. Dem Allgemeinen StudentInnenausschuß (AStA) der Universität Bremen droht durch eine Klage vor dem Verwaltungsgericht das Ende seiner politischen Arbeit. Der Kläger will den Organen der Verfaßten Studierendenschaft jegliche politische Artikulation untersagen lassen. Er stützt sich dabei auf Erfolge und Erfahrungen, die an anderen Universitätsstandorten von Klägern aus dem RCDS- und Burschenschaftsumfeld gewonnen wurden. Außerdem wird gegen den AStA ermittelt wegen des angeblichen „öffentlichen Aufrufs zu Staftta-

ten“ und wegen der angeblichen „Werbung für eine terroristische Vereinigung“ (§ 129a). Es geht dabei um die vom AStA unterstützte studentische Zeitung Bambole, in der u.a. Aufrufe und BekennerrInnenschreiben des Castor-Widerstands dokumentiert wurden. Gegen diese Einschüchterungsmaßnahmen haben schon über 700 Leute einen Aufruf unterzeichnet, in dem es u.a. heißt: „Eine Universität befindet sich nicht im wertfreien Raum einer vermeintlich neutralen Wissenschaft, sondern ist Teil dieser Gesellschaft und beeinflußt zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen. Die Tren-

nung der Aufgaben der Studierendenschaft in hochschul- und allgemeinpolitische ist eine unsinnige Konstruktion, die letztlich nur einer kritischen Studierendenschaft den Maulkorb umhängen soll.“ (Komitee für unzensierte studentische Politik und freie Presse, Postfach 150624, 28096 Bremen, Kontakt-Telefon: 0172-4209956)

## Drei Popularklagen gegen das bayerische Kruzifixgesetz laufen

MÜNCHEN. Nach Klagen von persönlich Betroffenen geht es jetzt ganz grundsätzlich ums Kruzifixgesetz. Es schreibt trotz anderslautendem Bundesverfassungsgerichtsurteil seit dem Dezember 1995 vor, daß „angesichts der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns in jedem Klassenzimmer ein Kreuz angebracht wird“. Der Bund für Geistesfreiheit und der Vater einer 10jährigen Augsburger Schülerin wollen mit ihren Popularklagen eine generelle Klärung zur Religionsfreiheit und staatlichen Neutralitätspflicht erreichen. In einer weiteren Klage wenden sich neun Landtagsabgeordnete der Grünen speziell gegen den von der CSU als besonders demokratisch bezeichneten Gesetzespassus, nach dem Eltern oder Lehrer im Falle eines Widerspruchs gegen das Kreuz im Klassenzimmer dem Schulleiter ihre Gründe genannt nennen müssen. Die Grünen sehen darin einen Verstoß gegen das Schweigerecht über die weltanschauliche Überzeugung. Viel Aussichten haben die Klagen leider nicht, allen Richtern ist das CSU-Ticket gemeinsam. Fünf Stunden lang versuchten die Klagenden am 7. Juli trotzdem, ein anderes Richtergremium zu erreichen. Doch ohne sichtbaren Erfolg. Das Urteil wird in 1–2 Monaten erwartet. baf



ULM. Das baden-württembergische Landeskriminalamt (LKA) hat 45000 Tonträger mit rechtsextremistischen Liedtexten und diverses NS-Propagandamaterial beschlagnahmt. Vorausgegangen war eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Annelie Buntenbach von den Grünen. Die Bundestagsabgeordnete erklärte: „Die rechts-extreme Musikszene wird zunehmend von bekannten Neonazis organisiert, die zum Teil aus inzwischen verbotenen Organisationen stammen. Die Bundesregierung hat bislang versäumt, auf diese neue Entwicklung zu reagieren. Obwohl der Markt mit rechtsextremer Musik immer größer wird, werden immer weniger Tonträger mit neonazistischen Inhalten indiziert.“ jöd

# Zum deutsch-jugoslawischen „Rückführungsabkommen“

MÜNCHEN. Bei den in den letzten Monaten durchgeföhrten Massenabschiebungen kosova-albanischer Flüchtlinge hat sich eine neue Stufe der unverhohlenen Kollaboration mit den Sicherheitskräften der Verfolgerstaaten etabliert. Wenn es um die Durchführung von Rückführungsabkommen geht, delegiert Deutschland sogar seine Souveränität an ausländische Sicherheitskräfte. In den vorliegenden Fällen geschieht dies nach wie vor ohne ratifizierte rechtliche Grundlage! Grundsätzlich ist dieses Vorgehen aber neben den rechtsstaatlichen Bedenken vielmehr noch mit dem moralisch verwerflichen Beigeschmack behaftet, politische Verfolgung zu begünstigen.

Nach Angaben des Kirchlichen Sozialdienstes am Flughafen München wird in den abgeriegelten Räumen des Bundesgrenzschutzes (BGS) die Betreuung durch die kirchlichen MitarbeiterInnen von den „neuen serbischen Hausherren“ beeinträchtigt. Auch der BGS zeigt sich nicht gerade beglückt: „Wir können nichts dagegen tun.“

Die Umsetzung des Abkommens geriet in den letzten Monaten zunächst ins Stocken, da die serbischen Behörden die „Rückübernahme“ in vielen Fällen verzögerten. So hatte man z.B. bis vor kurzem die notwendigen Heimreisedokumente, die sog. „Putni List“ nur mit einer „Haltbarkeits“-Dauer von einem Monat versehen, was dazu führte, daß zahlreiche abgeschobene AlbanerInnen wegen nicht mehr gültiger „Putni-List“ umgehend wieder zurückgeschoben wurden. Unter ihnen befanden sich mehrere, die während des Kurzaufenthalts mißhandelt worden sind.

Bayerns Innenminister Günther Beckstein hatte daraufhin die Ausländerbehörden angewiesen, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die auftretenden Schwierigkeiten zu umgehen. Insbesondere soll in allen zur Rückführung anstehenden Fällen Haft auf Vorrat beantragt werden.

## Zwei Fälle, die zeigen, wie bayerische Behörden mit mißhandelten RückkehrerInnen umgehen.

**1. Lufton Ali Dizdari** (Augsburg) wurde am 23.3.97 nach Belgrad abgeschoben. Er hatte sich bei der örtlichen Polizei in Peja zu melden. Beim dortigen „Informativgespräch“ über seine Aktivitäten in Deutschland und seine im Rahmen des Asylantrags getätigten Aussagen gegen den jugoslawischen Staat wurde er bis zur Ohnmacht geschlagen. Weiteren Vorladungen ist er nicht gefolgt, sondern wieder nach Deutschland geflohen. Herr

Dizdari stellte einen Asylfolgeantrag. Der darin zitierte Fallbericht des Menschenrechtsrates in Prishtina wurde zusammen mit dem neuerlichen Asylantrag auch dem zuständigen Sachbearbeiter im Landratsamt Augsburg Land, Herrn Hügele, zugeleitet. Als Herr Dizdari vergangene Woche Herrn Hügele aufsuchte, um wie üblich die Grenzübertrittsbescheinigung verlängern zu lassen, wollte ihn Herr Hügele verhaften lassen, obwohl ihm die Asylantragstellung bekannt war! Herr Dizdari geriet in Panik und konnte weglaufen. Auf Nachfrage hin gab Herr Hügele an, er glaube ihm sowieso nicht, da der (englischsprachige) Bericht im „Konjunktiv“ verfaßt und von daher nicht als Beleg für die Mißhandlung zu sehen sei. Im besagten Bericht, der uns vorliegt, befindet sich im übrigen nicht ein einziger Konjunktiv.

**2. Esat Peci** saß vom 19.9.96 bis Ende Dezember 96 in Abschiebehaft und wurde am 31.12.96 nach Belgrad abgeschoben. Dort wurde er vier Tage lang schwer mißhandelt. Am 4.1.97 wurde er wieder zurückgeschoben, in Handschellen den deutschen Behörden übergeben und kam sofort wieder in Abschiebehaft, vom 4.1.97 bis 17.3.97 ohne richterlichen Beschuß! Die Skandale sollten auch danach noch lange kein Ende nehmen: Am 11.6.97 beantragte das Landratsamt Augsburg wiederum Abschiebehaft für drei Monate. Das zuständige Amtsgericht Augsburg-Schwabmünchen ordnete für 16 Tage Abschiebehaft an. In der Begründung schreibt Richterin Greser:

„Aufgrund seiner Wiedereinreise besteht die Gefahr, daß der Betroffene nicht gewillt ist, freiwillig das Bundesgebiet zu verlassen. Die 16 Tage ergeben sich aus § 57 III, S.1 AuslG, nachdem sich der Betroffene vom 4.1.-17.3.97 ohne richterlichen Beschuß in Haft befand.“

Es werden also nicht die Gründe für seine Wiederkehr geprüft, sondern alleine die Tatsache der Wiedereinreise muß als Haftgrund herhalten.

Nach dieser mehrmonatigen, psychischen und physischen Tortur in Augsburg und Belgrad kam er – schutzbedürftiger denn je zuvor – hier also wieder in Abschiebehaft. Die Gefängnisärztin stellte eine siebzigprozentige Beschädigung der Niere in Folge von Schlägen fest. Am 3.7.97 – also nach über neun Monaten der Inhaftierung und körperlichen Mißhandlung – soll er nun aus der Abschiebehaft entlassen werden – wenn es den bayerischen Behörden bis dahin nicht gelingt, ihn erneut in die offenkundig drohende Mißhandlung abzuschieben.



## Zum Hintergrund

Seit Inkrafttreten des deutsch-jugoslawischen Rückführungsabkommens sind nach Angaben des bayerischen Innenministeriums alleine aus Bayern bereits 600(!), zumeist kosova-albanische Flüchtlinge abgeschoben worden, 200 Personen seien „freiwillig“ ausgereist.

Dem Bayerischen Flüchtlingsrat liegen mittlerweile über 50 nachweisbare, dokumentierte Fälle von zum Teil schwer mißhandelten RückkehrerInnen vor. PRO ASYL hat diese Fälle im Mai 1997 in einer Broschüre veröffentlicht. Obwohl dem Auswärtigen Amt sowie den Innenministerien klare Fallschilderungen vorliegen, sind sie weiterhin lediglich in fünf Fällen bereit gewesen zu prüfen. Die geringe Wahrnehmung der Fakten läßt darauf schließen, die Folgen der eigenen Politik der Abschiebung und die Mißhandlung zu bagatellisieren, um künftige Massenabschiebungen von Zehntausenden nicht zu gefährden.

Auch freiwillige RückkehrerInnen sind von Mißhandlungen betroffen. Die Regierung von Oberbayern sowie das Auswärtige Amt wurden von der Mühldorfer Ausländerbehörde davon in Kenntnis gesetzt, daß drei aus Mühldorf freiwillig ausgereiste Kosova-Albaner bei der Ankunft mißhandelt und ins Flugzeug zurück nach Stuttgart gesetzt wurden; sie wandten sich sofort wieder an das Ausländeramt in Mühldorf.

Der Bayerische Flüchtlingsrat stellt fest: Das Rückführungsabkommen gefährdet nicht nur die jeweils Betroffenen, sondern bewegt die serbische Seite ganz offensichtlich zu einer noch schärferen Gangart in Kosova. Die Bundesregierung darf diese explosive Stimmung nicht noch weiter anheizen! Diese Politik schafft neue Krisenherde, Fluchtursachen, Flüchtlinge. Die einzige vertretbare Konsequenz kann nur lauten: Das Abkommen muß unverzüglich ausgesetzt und annulliert werden!

Michael Stenger, Sprecher Bayerischer Flüchtlingsrat und Autor der PRO-ASYL-Broschüre zu „Kosova“

## **IG Farben-Hauptversammlung Opfer entschädigen IG FARBEN auflösen**

FRANKFURT. Am 27. August 1947 wurde in Nürnberg der Prozeß eröffnet gegen die Verantwortlichen des IG FARBEN-Konzerns. Die Anklagepunkte lauteten auf Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung eines Angriffsreiches, auf Sklaverei, Raub und Plünderung. Anlässlich des 50. Jahrestages des Beginns des Prozesses gegen die Kriegsverbrecher wendet sich heute ein Bündnis aus Betroffenenorganisationen (Auschwitz Komitee und VVN), Kritischen AktionärInnen, Antifaschisten und der Aktion Sühnezeichen an die Öffentlichkeit.

Das Bündnis mit dem Namen „Nie wieder!“ fordert:

- Endlich angemessene Entschädigung aller Opfer von IG FARBEN-Terror und deren Hinterbliebenen durch die Nachfolgefirmaen Bayer, BASF und Hoechst!
- Finanzierung und Erhalt der die IG FARBEN betreffenden Gedenkstätten in Auschwitz, Schwarzheide und anderswo durch die Nachfolgegesellschaften.
- Sofortige Auflösung der IG FARBEN und Unterbindung des Handels mit den „Blut-Aktien“.
- Die Hauptversammlung der IG FARBEN am 22. August 1997 in Frankfurt, Arabella Congress Hotel, Lyoner Str. 44-48 darf nicht stattfinden.

Das Bündnis „Nie wieder!“ fordert die Leitung des Frankfurter Arabella Congress Hotels auf, der IG FARBEN die Räume für die Hauptversammlung zu entziehen. Das Bündnis ruft außerdem dazu auf, obige Forderungen am 22. August 1997 auf der Hauptversammlung der IG FARBEN i.A. vorzutragen.

Der Sprecher des Bündnisses, Axel Köhler-Schnura, erklärte heute in Bonn: „Die Mordgesellschaft IG FARBEN, deren Aktien mit dem Blut Zehntausender getränkt sind, muß sofort aufgelöst und die Opfer entschädigt werden. Dieser Spuk muß ein Ende haben!“ Der Dachverband der Kritischen Aktionäre hat die Tagesordnung der Hauptversammlung um die Punkte „sofortige Auflösung der Gesellschaft“ und „Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter und ihrer Hinterbliebenen durch das Restvermögen“ erweitert.

**Weitere Infos:** Henry Mathews  
0221-59 95 647  
**Kampagne Nie wieder!**  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf  
Fon 0211-26 11 210 Fax 26 11 220

## **400 demonstrieren gegen Bund Freier Bürger in Hamburg**

HAMBURG. Am 9. Juli eröffnete der „Bund Freier Bürger – Die Freiheitlichen“ (BFB) mit einer jeweils im Hamburger Abendblatt und in der Hamburger Morgenpost annoncierten ganzseitigen Werbeanzeige propagandistisch seinen Wahlkampf zu den im September stattfindenden Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Es wurde dort u.a. auf ein „BFB-Bürgerbüro“ hingewiesen, das an der Börsenbrücke 2 beheimatet ist. Nachdem dort am 11. Juli bereits schon ein erster Veranstaltungs-

abend mit Referenten aus dem konservativ-neurechten Spektrum stattgefunden hat, ist für den 21.-24. Juli jeweils ein Diskussionsabend mit dem Vorsitzenden des BFB, Manfred Brunner, geplant. An einer Gegenkundgebung, zu der zahlreiche antifaschistische Gruppen aufgerufen hatten, beteiligten sich 400 Leute vor dem Büro des BFB. Das Nationale Info-Telefon hatte zum Saalschutz mobilisiert. JN-Funktionäre rückten bewaffnet an. In der ganzen laufenden Woche werden Mahnwachen in Form von Info-Tischen vor dem „BFB-Bürgerbüro“ stattfinden.

*aus CL-Netz, kun, jöd*

## **Gegen Privatisierung**

# **Optimieren statt plattmachen!**

FRANKFURT. Unter dem Motto „Eine Stunde für unsere Zukunft“ demonstrierten 1000 Beschäftigte der Frankfurter Stadtverwaltung auf dem Römerberg und protestierten gegen den Ausverkauf städtischer Dienste. Aus allen Bereichen waren Beschäftigte gekommen, der Entsorgungs-GmbH (FES), Volkshochschule, Hafenbetriebe usw. Sowohl die stellvertretende Gesamtpersonalrätin Erika Hoch wie aber auch ein Vertreter der ÖTV erklärten, einen Umstrukturierungsprozeß mitzutragen: „Aber umwandeln, verkaufen und raus aus den Tarifverträgen ist mit uns nicht zu machen.“ Der ÖTV-Vorsitzende Rainer Hohner erklärte, diese Umstrukturierungen treffen nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Frankfurter Bevölkerung. Die Leistungen der Stadt werden abgebaut. An die Politiker im Frankfurter Römer gerichtet, erklärte er: „Fängt bei Euch an! Kehrt Euren Miststall aus.“ Der DGB-Kreisvorsitzende sprach zu den Kundgebungsteilnehmer und ein Bevollmächtigter der IG Metall. Er sprach sich dafür aus, ein „Bündnis des Widerstands“ aller Beschäftigten und Gewerkschaften zu entwickeln. Die Beschäftigten verabschiedeten eine Resolution an die Oberbürgermeisterin, den Magistrat und alle Stadtverordneten die wir hier auszugsweise veröffentlichen:

„Die Beschäftigten der Stadtverwaltung, der Eigenbetriebe und der städtischen GmbHs haben heute mittag mit der Gewerkschaft ÖTV eine Stunde für ihre Zukunft protestiert. Wir wollen öffentliche Dienstleistungen erhalten und verbessern, wir lehnen Ta-

rifflucht, Privatisierung aus ideologischen Gründen sowie einen Ausverkauf der Betriebe und die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen ab.

*Die Stadt Frankfurt am Main ist mit ihrer Stadtverwaltung, ihren städtischen Gesellschaften, Eigen- und Regiebetrieben ein leistungsfähiger Dienstleister mit einem umfangreichen Angebot. Die Stadt hat qualifiziertes Personal und sie trägt arbeitsmarktpolitische Verantwortung.*

*Sie, die politische Verantwortlichen im Frankfurter Römer, sind derzeit dabei, bewährte Strukturen aus ideologischen und kurzfristigen finanziellen Gründen zu zerschlagen. Diese Entwicklungen gehen zu Lasten der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt.*

*Wir wollen mit der Oberbürgermeisterin und Ihnen zu Vereinbarungen und Handlungen kommen, die zu einer zukunftsorientierten Erfüllung öffentlicher Dienstleistungen führen. Unsere Bemühungen ließen Sie bis jetzt ins Leere laufen. (Es folgt ein ausführlicher Forderungskatalog.)*

Quelle: Frankfurter Rundschau, 18.7.97, Informationen der ÖTV. *jöd*



**„Besser Wohnung als Ruine“**

# Wird Krupp-Hoesch mit Hausbesetzern verhandeln?

ESSEN. „Die Krupp-Hoesch AG läßt ein wunderschönes Haus in der Heßlerstraße verfallen, nur damit sie später in ein paar Jahren dort ein kleines Bürogebäude bauen kann. Sie werden erst mit dem Bauen anfangen, wenn die Erweiterung der Bundesstraße abgeschlossen ist, was jedoch ... frühestens in zwei Jahren der Fall sein wird.“ So heißt es in einer Erklärung der Jugendlichen, die am 6.7.1997 ein seit Jahren leerstehendes Abrißhaus im Essener Norden besetzten. Sie fingen gleich an, das Haus instandzusetzen und als Wohnraum sowie als Jugendtreff zu nutzen. Vier Jugendliche, darunter drei, die als Straßenkinder obdachlos sind, erhoffen sich eine Bleibe.

Nicht nur in der Lokalpresse fanden die Anliegen der Hausbesetzer Sympathie. Bündnis 90/Die Grünen wiesen darauf hin, daß die Probleme der Jugendarbeit in Altenessen besonders groß sind. Die Chance, einen selbstorganisierten Freiraum für Jugendliche einzurichten, müsse – nach der Schließung des Gemeinwesenzentrums Emscherschule und des türkischen Treffs in der Zeche Carl – unbedingt genutzt werden. Dieser Sichtweise verschließt sich offensichtlich auch die Stadtverwaltung nicht. Oberstadtdirektor Hartwich sprach von einem „guten Denkansatz“ der Besetzer. Diese hat-

ten erklärt: „In Zeiten, wo Städte probieren, bei Jugendarbeit maximal einzusparen und es einen sehr hohen Bedarf an billigem Wohnraum gibt, haben wir ... ein Konzept erarbeitet, welches sowohl Jugendarbeit als auch billigen Wohnraum garantiert.“

„Wir wollen das nicht“, ließ dagegen die Krupp-Hoesch AG sofort nach der Besetzung kurz und knapp erklären. Wenige Tage später stellte das Unternehmen bei der Stadt einen „Nachdruckantrag“ auf Abriß des Hauses. Jugendamtsleiter Greese: „Es muß geklärt werden, ob das tatsächlich so dringlich ist.“ Ein Gutachter soll im Auftrag von Krupp-Hoesch klären, wie es um die Sicherheit des Gebäudes bestellt ist.

Jugendamtsleiter Greese wurde von Oberstadtdirektor Hartwich beauftragt, zwischen Besetzern und Krupp-Hoesch zu vermitteln. Er würde das Projekt gern erhalten – vor allem weil es die Stadt nichts kostet.

Krupp-Hoesch, nach dem Allbau zweitgrößter Wohnungseigentümer Essens, hat sich sicher mit dem Leerstand des Gebäudes auch nicht mit Ruhm bekleckert, darauf weisen die Grünen hin: „Um so mehr böte sich jetzt die Möglichkeit, ein solches in der Stadt Essen z.Zt. einmaliges Jugendwohnprojekt zu unter-



stützen und mit diesem Vorhaben ganz vorne zu stehen in der Wohnungswirtschaft.“

Bisher hat Krupp-Hoesch noch keine Strafanzeige gestellt. Das läßt hoffen, daß sich das Unternehmen auf Gespräche mit den Besetzern einläßt. Denn, wie die Besetzer erklären: „Niemand, auch wirklich niemand, hat einen Nachteil, wenn wir unser Projekt für den Zeitraum, in dem das Haus sinnlos herumsteht, durchführen.“

*syb*

## Luftwaffenausstellung ...

SCHWEINFURT. Schon Tage vorher wurde in der Stadt mit farbigen Hochglanzplakaten für die Ausstellung „unserer Luftwaffe“ geworben. Eine junge Frau und ein junger Mann lächelten von den Plakaten herunter und forderten auf, „Komm zu uns! – Informier Dich!“ und das Layout und die Farbgestaltung der Plakate zeigten deutlich, daß der Designer den Auftrag hatte, jugendansprechend zu gestalten. Denselben Auftrag hatten wohl auch die Macher der Ausstellung „Unsere Luftwaffe“. Nachdem man mit Schildern auf dem hermetisch eingezäunten Volksfestplatz darauf hingewiesen wurde, daß Unbefugte keine Zutritt hätten und von der Schußwaffe Gebrauch gemacht würde, wurde man am Eingang von jungen, braungebrannten Feldjägern mit „Hallo“ begrüßt und mit einem „Viel Spaß“ auf den Weg geschickt.

Auf dem Platz sah man dann das Neueste an Fliegern, Hubschraubern und schwerem Gerät, was die deutsche Luftwaffe zu bieten hat. In Informationszelten und Infobussen, die Aufschriften trugen wie „Team Luftwaffe – ein starker

Partner für ihre berufliche Zukunft“ gab es dann von Wehrdienstberatern, die sich ganz leger mit dem Vornamen vorstellten und die Informationssuchenden duzten, jede Menge für Jugendliche aufbereitetes Infomaterial und Broschüren. In diesen Broschüren fallen häufig Stichworte wie Fähigkeit, Fachwissen, Flexibilität und Schlagkraft. Berufsförderung ist ein wichtiger Aspekt der Materialien, was die Bundeswehr gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit als Attraktivitätsbonus für sich verbucht.

In einer kleinen Sonderausstellung über den Wehrdienst und den Beruf Soldat, in der aufgefordert wurde, „Beruf Soldat – überleg es Dir!“, gab es spezielle Computerprogramme, mit denen die BesucherInnen spielend und per mouse-click Informationen über die Bundeswehr aufrufen konnten.

Einzelne Berufe wie z.B. Sanitäter bei der Bundeswehr wurden gesondert in einem aufgebauten Feldlazarett vorgestellt und in jedem Zelt und vor jedem Ausstellungsobjekt standen junge Soldaten,



die freundlich und fast kumpelhaft Auskunft gaben. Als besonders jugendsprechend gilt wohl auch Techno-Musik, die aus allen Zelten dröhnte.

Auf dem Platz befanden sich vor allem Schulklassen, die teils mit Bussen aus der Umgebung kamen und mit zwei Ausstellungsbegleitern durch die Ausstellung geschleust wurden. Vor jedem militärischen Gerät erhielten sie eine Erläuterung über Reichweite, Geschwindigkeit, usw., und am Schluß wurde in der Feldküche „Erbseintopf Orginal Bundeswehr“ serviert.

Für Schulklassen gab es auch spezielle Vorführungen, bei denen die Soldaten „ihr Können und das Ergebnis ihrer Ausbildung“ vorführten.

*anb*

## Aufruf zum Protest während des Prozesses des Herrn zu Putbus

Über die Umtriebe des Ex-Junker zu Putbus, der als angeblich zu Unrecht von der Bodenreform Enteigneter ein Sechstel der Insel Rügen als Privatbesitz verlangt, hatten wir berichtet. Das mecklenburgische Landesamt für offene Vermögensangelegenheiten hatte die Ansprüche 1994 abgewiesen, seitdem klagt er. Zudem hat er seine Ansprüche an seine Firma „Mutland Aufbau KG“ abgetreten und läßt diese den Prozeß führen. Vor allem aber treibt die Firma Geld ein. Von Häuslebauern kassiert sie z.B. bis 5.000 DM und verzichtet dafür auf – wahrscheinlich sowieso nicht vorhandene – dingliche Restitutionsansprüche. Ende Juli soll der letzte Verhandlungstermin vor dem Verwaltungsgericht stattfinden. Dann bleibt noch der Gang zum Bundesverwaltungsgericht und zum Bundesverfassungsgericht – was weitere Jahre dauern kann, mit womöglich weiteren „Verzichterlösen“ der Mutland KG. Wir dokumentieren einen Protest aus Rügen. (rül)

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gibt jedem das Recht, behördliche Entscheidungen durch unabhängige Instanzen überprüfen zu lassen. Franz zu Putbus hat dieses sein Recht wahrgenommen und läßt den Bescheid des Landesamts zur Regelung offener Vermögensfragen durch die Verwaltungsgerichte überprüfen.

### Das Recht des Franz zu Putbus

1994 allerdings tritt Franz zu Putbus durch notarielle Verträge seine Ansprüche an die Mutland Aufbau KG ab. Auch das lassen die Gesetze zu. Spätestens hier wird deutlich, daß es ihm nicht auf Recht um Heimat und nicht um die Rückführung des Familienbesitzes geht, sondern um Geld, viel Geld.

Auf den ehemaligen Besitzung derer zu Putbus bewegt sich nichts mehr, dafür sorgt der Sperrvermerk im Grundbuch: „Restitutionsanspruch“.

Das gerichtliche Verfahren zieht sich hin, trotz seiner immensen Bedeutung für eine ganze Region, für Tausende von Menschen. Das langfristige Verfahren brachte die Mutland auf eine geniale, ebenfalls legale Idee, die man trotz ihrer Legalität nur als Abzockerei im übelsten Sinn bezeichnen kann. Verkauft wird sie unter dem Deckmantel des Wohlwollens mit oder ohne Billigung des Franz zu Putbus, der erhebliche Anteile an der Mutterland hält.

### Der Deal

Gegen Zahlung eines von der Mutterland völlig willkürlich festgesetzten Betrages zieht diese den Restitutionsanspruch zurück und verzichtet auf die dingliche Rückgabe der Gebäude/

Grundstücke, nicht aber auf etwaige Entschädigungen.

Mit dieser Praxis entzieht die Mutterland der Insel erhebliche Vermögenswerte, die sonst wohl zusätzlich in Investitionen eingeflossen wären. Das ganze Ausmaß läßt sich nur erahnen.

### Die Folgen

Vom kleinen Häuslebauer bis hin zu größeren und großen Investitionen wird alles und jeder geschöpft. Wohn- und Siedlungsbau kann nicht stattfinden, neue Wohnungen werden dadurch nicht geschaffen. Mieter müssen in alten, teils maroden Wohnungen verbleiben. Restaurierung erhaltenwerter Gebäude muß unterbleiben. Arbeitsplätze können nicht geschaffen werden oder sind gefährdet. Wie gesagt, alles völlig legal, aber auch moralisch und mit dem Grundgesetz konform?

### Öffentlichkeit muß her

Wir möchten versuchen, die gesamte Dimension des Schadens einmal öffentlich zu machen, denn nur noch Öffentlichkeit und damit politischer Druck kann helfen, eine gangbare Lösung zu finden. Oder soll wirklich eine anonyme Kapitalgesellschaft, hinter der sich der Verursacher dieses Schadens, Franz zu Putbus, bereits jetzt versteckt, unsere schöne Insel dominieren?

Wenn sich die Mutland Aufbau KG (unter den gegebenen Umständen ein provozierender Name) ihrer Sache so sicher wäre, warum gibt sie die Ansprüche nicht gegen eine notarielle Zahlungszusage nach der gerichtlichen Entscheidung frei? So hat jeder, der zahlt oder gezahlt hat, nach einem durchaus wahrscheinlichen Urteil gegen die Mutland sein Geld zum Fenster rausgeworfen.

Wir wenden uns an alle betroffenen Rügener: Bitte melden Sie sich, wenn sie bereits gezwungen waren zu zahlen oder aufgefordert sind zu zahlen oder in Verhandlungen mit Herrn Uwe Tietz von der Mutterland stehen.

Äußerste Diskretion wird ausdrücklich zugesichert, Namen oder Daten, die zu ihrer Erkennung führen könnten, werden nur mit Ihrer ausdrücklichen Genehmigung weitergegeben. Auch wir sind direkt betroffen.

### Öffentliche Gerichtsverhandlung

Kommen Sie zur öffentlichen Verhandlung am 30. Juli, 9.00 zum Verwaltungsgericht, Domstr. 7 nach Greifswald. Je mehr Rügener im Saal anwesend sind, desto mehr unterstreicht das die Bedeutung dieser Verhandlung für Rügen.

### Unterzeichner:

*Karin und Berthold Ernst,  
Puppemuseum, 18581 Putbus,  
Tel.: 038301/60959, Fax: 61405  
Karl Walter Böttcher, Lauterbach.*

### Gegen Schikanierung von Flüchtlingen

## Berliner Flüchtlingsrat mit erster Klage gegen den Senat erfolgreich

Seit dem 1. Juli ist das berüchtigte neue Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft. Eine der Folgen ist eine Kürzung der Regelsätze der Sozialhilfe. „Haushaltvorstände“ erhalten monatlich nur noch 360 DM plus 80 DM „Taschengeld“, Familienangehörige ab 14 Jahren 310 DM plus 80 DM „Taschengeld“, Kinder unter 7 Jahre sogar nur 220 DM plus 40 DM „Taschengeld“. Weitere Schikanen wie sog. „Sachleistungen“ statt Geld kommen hinzu. Der Berliner Flüchtlingsrat war jetzt mit einer ersten Klage dagegen erfolgreich.

Der Berliner Senat von CDU und SPD hat sich zusätzlich noch eine besondere Schikane ausgedacht. Alle 2.500 in Heimen untergebrachte Flüchtlinge dürfen sämtliche Lebensmittel ab sofort nur noch in zwei Berliner Geschäften der Firma „Sorat“ einkaufen – einer in Reinickendorf und einer in Kreuzberg. Für die Fahrt zu diesen Läden erhält nur eine einzige Person je Familie einen Zuschuß von 53 DM. Da die Monatskarten aber 93 DM kosten, bedeutet der „Zuschuß“ in Wirklichkeit eine weitere Halbiierung ihres „Taschengeldes“ von 80 auf 40 DM im Monat.

### Sorat: Ein Hotelkonzern, der auch an Flüchtlingen verdient

Der Flüchtlingsrat Berlin: „Zum Imperium der Sorat-Gesellschaften gehören nicht nur edle Luxushotels und Touristenherbergen. Einen Teil seines Profits erwirtschaftet dieser Konzern auch in weniger vornehmen Bereichen des Beherbungsgewerbes: Als Betreiber von Heimen und Sammelunterkünften für Obdachlose, Asylbewerber und Aussiedler. Wer heute über die steigende Last von Sozialausgaben für diese Menschen klagt, der sollte auch wissen: Der größte Teil dieser Mittel kommt nicht den Betroffenen selbst zugute, sondern vermehrt den Gewinn der Betreiber-Firmen.“

Seit Juni 1997 betreibt der Sorat-Konzern in Berlin Einrichtungen, in denen auf empörende Weise Menschen schikaniert und entwürdigert werden, die sich dagegen nicht wehren können. Es handelt sich um die beiden einzigen Zwangseinkauf-Läden für Asylbewerber in Berlin. 2.500 Flüchtlinge sind durch Anordnung des Berliner Senats gezwungen, hier Waren ihres täglichen Bedarfs bargeldlos einzuholen ... Fast alles ist erheblich teurer als im Discountladen ...“

### Babynahrung mit abgelaufenem Verfallsdatum

Flüchtlinge berichteten, daß wichtige Lebensmittel wie z.B. Salz oder Babyswindeln z.T. tagelang nicht erhältlich waren, Tiefkühlkost wild durcheinander geworfen war, Babynahrung angeboten

wurde, die das Verfallsdatum deutlich überschritten hatte. Viele der Waren seien zudem deutlich teurer als anderswo.

Am 17. Juli konnte der Flüchtlingsrat nun nach zahlreichen Protesten der Flüchtlinge einen ersten Erfolg melden: Das Verwaltungsgericht Berlin gab einem Eilantrag einer Familie gegen die Einkaufspflicht in den Sorat-Läden statt. Der Flüchtlingsrat: „Auch wenn die Entscheidung zunächst nur für die einzelne Familie ergangen ist, hat das Verwaltungsgericht unmißverständlich erkannt lassen, daß es aus den in der Entscheidung genannten Gründen die Sachleistungspraxis in den Sorat-Magazinen generell für rechtswidrig hält.“

(Aktenzeichen: VG Berlin 8 A 372.97 vom 27.6.97)

Aus der Begründung des Gerichts: Der Sache nach handele es sich hier nicht um die Gewährung von Sachleistungen, sondern um Kostenübernahmescheine für ein privat betriebenes Geschäft, in dem zu bestimmten Preisen Waren angeboten werden, mithin um „Wertgutscheine“ bzw. „vergleichbare unbare Abrechnungen“. Der Wert dieser unbaren Leistungen sei aber im Asylbewerberleistungsgesetz festgeschrieben – die oben erwähnten 360, 310 bzw. 220 DM je Flüchtlings bzw. Kind. Dem werde der von der Sozialverwaltung ausgegebene Kostenübernahmeschein aber nicht gerecht, denn er ermögliche nicht, tatsächlich Waren im Wert der im Gesetz genannten Beträge zu erstehen. Selbst wenn die Sorat-Preise nicht überhöht wären, so das Gericht, „hätte der ausgegebene Kostenübernahmeschein nicht dieselbe Kaufkraft wie Bargeld oder wie in verschiedenen Geschäften einsetzbare Kostenübernahmescheine. Denn wenn schon bei der Bemessung der höheren Regelsätze für Sozialhilfempfänger zu Recht davon ausgegangen wird, daß diese Sonderangebote in verschiedenen Geschäften nutzen können, muß dies erst recht bei der Bemessung der niedrigeren Regelsätze nach dem AsylbLG gelten.“

Der Flüchtlingsrat dazu: „Das Gericht hat unmißverständlich klargestellt, daß die Entscheidung der Sozialverwaltung, asylsuchende Flüchtlinge in schikanöser Weise nur in einem einzigen Geschäft mit Monopolstellung einkaufen zu lassen, wo zudem Waren zu übererteuerten Preisen angeboten werden, zu einer rechtswidrigen zusätzlichen Kürzung der bereits um 20% unter der Sozialhilfe liegenden Asylbewerberleistungen führt.“

Gleichzeitig erneuerte der Flüchtlingsrat seine Forderung, der Senat solle die zwangswise Unterbringung der Flüchtlinge in privaten Wohnheimen (für die der Senat Betreibern wie Sorat 3.000 bis 4.000 DM im Monat je Zimmer zahlt!) einzustellen und das Arbeitsverbot für Flüchtlinge aufzuheben, damit diese selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können.

rül

Quellen: Flüchtlingsrat Berlin, Fennstr.31, 12439 Berlin, Tel. 030/6317873.

**NACHTFLUGLÄRM:** Kasel. Eine Gemeinde kann nicht im Namen ihrer Bürger gegen Nachtfluglärm vorgehen. So entschied der hessische Verwaltungsgerichtshof Ende Juni die Klage der Stadt Grebenstein gegen die nächtlichen Postflüge vom Flughafen Kassel-Calden. In der Urteilsbegründung heißt es, daß die gesetzlichen Anforderungen des Immissions- und Umweltschutzes nicht speziell dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden zugeordnet seien. Außerdem bestehe grundsätzlich kein Rechtsanspruch Betroffener auf ein absolutes Nachtflugverbot.

**ALPEN-RAPID:** Essen. Thyssen hat dem bayerischen Wirtschaftsministerium das Angebot gemacht, mit dem Transrapid Gütertransporte durch die Alpen zu übernehmen: Eine Stunde Fahrzeit für die 200 km lange Strecke Kufstein-Trent. Thyssen sieht dies als Alternative zum Brenner-Basistunnel, der erst 2015 fertig würde und mit 25 Mrd. DM doppelt so teuer sei wie ein Alpen-Rapid. Während die Staatsregierung noch prüft, hagelt es von Naturschützern bereits Proteste gegen das „Stelzenmonster“. „Ein solches Projekt würde einen weiteren verheerenden Eingriff in das überlastete und labile Ökosystem Alpen bedeuten“, kritisiert z.B. der Bund für Umwelt und Naturschutz.

**MEHR DEMOKRATIE:** Hamburg. Seit dem letzten Herbst gibt es in Hamburg ein Gesetz, das Volksentscheide ermöglicht. Die Voraussetzungen sind allerdings so hoch gehängt, daß es sehr schwer wird, jemals ein Bürgerbegehren zur Abstimmung zu stellen. So sind beispielsweise 20.000 Unterschriften innerhalb von sechs Monaten erforderlich, um eine Volksinitiative zu beantragen. Sind die zusammen, kann die Bürgerschaft ein Gesetz zum Thema des Begehrns verabschieden, und dann ist keine Volksabstimmung mehr möglich. Die Initiative „Mehr Demokratie für Hamburg“ hat ein anderes Gesetz über Volksentscheide entworfen, das die Voraussetzungen vereinfacht. Dieses will sie nun per Volksentscheid zur Abstimmung stellen und braucht dazu bis zum 15. August 1997 20.000 Unterschriften.

**VOLKSENTSCHEIDE:** München. Die Münchner Rechtsanwälte Florian und Emanuel Besold sowie zwei weitere Kläger haben das Gesetz zur Einführung eines kommunalen Bürgerentscheids durch eine Popularklage angefochten. Es war 1995 durch einen Volksentscheid durchgesetzt worden und hat die Reihen der CSU stark erschüttert. Seitdem gab es rund 180 Bürgerentscheide auf Gemeinde- oder Landkreisebene, durchschnittlich zweimal in der Woche waren also irgendwo in Bayern die Abstim-

mungsberechtigten zur Entscheidung über ein kommunalpolitisches Thema aufgerufen. Die Kläger argumentieren, das Gesetz sei nicht ordnungsgemäß zustandegekommen. Aufschlußreich sind vor allem ihre Klagen gegen verschiedene Einzelbestimmungen. So halten sie es z.B. für verfassungswidrig, daß Bürgerentscheide auch über Fragen von besonderer finanzieller Tragweite stattfinden können und daß die Gemeinderäte drei Jahre lang an das Ergebnis eines Bürgerentscheids gebunden sind.

**INTERNET:** Bad Kohlgrub. 100 Millionen Mark aus Privatisierungserlösen investiert die bayerische Staatsregierung in ihr Programm „Bayern Online“, in dem es auch ein Bürgernetz gibt. Als jedoch auf der Homepage des Bürgernetzes Auszüge aus Sitzungsniederschriften und andere Gemeinderatsinformationen erschienen, trat das Landratsamt Garmisch-Partenkirchen in Aktion. Es ist der Meinung, daß solche Infos gegen die Gemeindeordnung verstößen. In § 54 sei festgelegt, daß in die Niederschriften der öffentlichen Ratssitzungen nur Gemeindebürger Einsicht nehmen dürfen sowie „auswärts wohnende Personen hinsichtlich ihres Grundbesitzes oder ihrer gewerblichen Niederlassungen im Gemeindegebiet“. Der Fall liegt jetzt dem Landtagsausschuß für kommunale Fragen vor, der die Staatsregierung zur Stellungnahme bis zum 1. November auffordert. Innenstaatssekretär Regensburger befürchtet, daß zum Beispiel „in kürzester Zeit Verhaltensprofile einzelner Gemeinderatsmitglieder“ erstellt werden könnten, was diese in ihrem Recht auf freie Rede beeinträchtige. Der Landtagsausschuß verlangt Klarheit darüber, welche Unterschiede zwischen der Berichterstattung über Gemeindeangelegenheiten durch herkömmliche Medien und per Internet bestehen.

**GEBÜHREN:** Eberswalde. Die Bürgerbewegung für soziale Wasser- und Abwasserpreise Eberswalde protestiert gegen die geplanten Erhöhungen der Wasser- und Abwassergebühren. Sie fordert:

- bezahlbare Preise für Wasser und Abwasser – 10 DM/m<sup>3</sup> einschließlich Bereitstellungs- und Grundgebühr,
- eine Kappungsgrenze für Erschließungs- und Anschlußbeiträge in Höhe von 5.000 DM,
- von der SPD-Landesregierung für die übererteuerten Planungen und Realisierung der Abwasserprojekte Staatshaftung gegenüber den Gemeinden zu übernehmen,
- von den Banken für die erhaschten Millionengewinne durch großzügig gewährte Kredite in den Jahren 1990 bis 1993 Entschuldung der Gemeinden bzw. Zweckverbände.

Die Initiative stellt außerdem zur Diskussion, ob sie nicht auch bei zukünftigen Wahlen als Bürgerbewegung kandidieren sollte. **Zusammenstellung:** baf

## AKTIONSTAG BEI SIEMENS:

Das schmeckte der SNI-Firmenleitung gar nicht: aufgeschreckt durch die Pläne, zunächst den Produkt-Service von Siemens Nixdorf in fünf „selbständige“ GmbHs aufzuspalten und mit diesen neuen Gesellschaften aus dem Metall-Arbeitgeberverband auszutreten, um dem „zu teuren“ Tarifvertrag zu entgehen, veranstaltete die SNI-Belegschaft am 6.6.97 einen bundesweiten Aktionstag. In München-Perlach gab es dazu eine außerordentliche Betriebsversammlung vor der Kantine unter freiem Himmel. Der Platz vor der Kantine war gerammelt voll. Verständlich, schließlich will SNI den Produkt-Service mit rund 1700 Beschäftigten in fünf GmbHs ausgliedern. Diese Gesellschaften sollen 100%ige SNI-Töchter werden, und so erzählt man den Kolleginnen wie üblich, sie bräuchten sich überhaupt keine Sorgen machen, schließlich blieben sie im Konzern; im Gegenteil, ihre Arbeitsplätze würden durch die Ausgliederung sicherer. Wo ist dann der Haken bei der Sache? Die neuen GmbHs sollen – im Unterschied zu SNI – nicht dem Metallarbeitgeberverband beitreten. Die Folge: die Arbeiter und Angestellten würden ihre Rechte aus dem Metalltarifvertrag verlieren. Und genau das ist der Hauptgrund für die Ausgliederung. Man behauptet (wie üblich), mit den hohen Löhnen und Gehältern und vor allem mit der 35-Stunden-Woche sei man nicht konkurrenzfähig. Deshalb müsse man auf die 40-Stunden-Woche hoch – bei gleichem Geld, versteht sich. Das schließt spätere zusätzliche Abgruppierungen nicht aus. Nur dann habe man eine Perspektive. Die Frage ist, für wen hier welche Perspektive in Aussicht steht. Für die neuen Firmen und somit für die Schattullen des Siemens-Konzerns sicherlich rosige Aussichten – sparen sie sich doch enorme Kosten. Anders sieht es schon für die „Mitarbeiter“ aus: nicht nur, daß sie 5 Stunden pro Woche ihrer Freizeit der Firma schenken sollen. Sie hätten überhaupt keine gesicherten Tarifrechte mehr! Das würde u.a. bedeuten: • nur 80% Lohnfortzahlung bei Krankheit; • nur 4 Wochen gesetzlichen Urlaub, kein Urlaubs-



*Der Streik der Berliner Bauarbeiter gegen die Betriebe der „Fachgemeinschaft Bau“, die den bundesweiten Bautarifvertrag nicht anerkennen wollen und deren Verband offen verkündet, den Flächentarifvertrag „zerstören zu wollen“, dauert nun schon die vierte Woche an. Etwa 1.500 Bauarbeiter sind im Streik, über 100 Baustellen in Berlin werden von ihnen bestreikt. Täglich versammeln sich viele Bauarbeiter im Streikzelt der IG BAU auf dem Wittenbergplatz im Stadtzentrum. Von hier brechen sie täglich auf, mit Autos oder per Fahrrad („Tour de Streik“), um Streikposten zu unterstützen, Streikbruch anzuprangern oder auf andere Weise ihre Streikziele zu propagieren. Besonders empört waren die Kapitalisten, als die Bauleute nach dem spektakulären Wassereinbruch im Tiergartenstunnel mit Transparenten zur Stelle waren: „Das kommt davon, wenn man BILLIG baut!“ oder „Mit Billiglohn auf Sand gebaut!“ Mehrere Betriebe der „Fachgemeinschaft“ haben Abschlüsse mit der IG BAU geschlossen, die Fachgemeinschaft will jetzt „Gespräche“ – freilich nur, wenn die IG BAU ihren Streik unterbricht, was diese ablehnt.*

rül

geld; • kein Kündigungsschutz im Alter. Bis in die Presse sind schon Gerüchte gekommen, die SNI-Firmenleitung habe zum 1.11.97 größeres vor: Ausgliederung und Tarrifflucht des Produkt-Service sollen da nur der Anfang sein, jede und jeden kann es als nächstes treffen. Nichtsdestotrotz hält die SNI-Leitung es nicht für nötig, die Pläne auf den Tisch zu legen, die sie im stillen Kämmerlein ausbrütet. Will man die Belegschaft vor vollendete Tatsachen stellen? Das erste Mal wäre es nicht. Die Menschen lassen sich nicht mehr verschaukeln. Aktionsstage, Versammlungen, Unterschriftenlisten; und ein Teil der Produkt-Techniker hat bereits erklärt, daß sie den Übertritt zu den GmbHs nicht mitmachen werden. Die Menschen haben einfach die Nase voll vom Personalabbau, der die Münchner SNI-Belegschaft allein in Perlach seit 1992 von 8000 auf 4000 und in der Berliner Str. von 1900 auf 1500 reduziert hat. Bundesweit gab es bei SNI seit 1990 bereits 60 Ausgliederungen. Jetzt ist das Maß voll.

aus Betriebsecho, Zeitung der DKP-BG Siemens

**ALCATEL VOR GERICHT:** IG Metall und Alcatel-Betriebsrat haben gegen die Unternehmensführung geklagt und sich dabei auf eine Vereinbarung zwischen Vorstand, Stadt und Arbeitnehmern von 1995 berufen. Die Beschäftigten von Alcatel SEL in Mannheim kämpfen bekanntlich seit 1994 um den Erhalt ihrer 410 Arbeitsplätze. Im Juli 1995 wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, in der Alcatel SEL der Stadt Mannheim, der baden-württembergischen Landesregierung und der Landesbank zusicherte, die Arbeitsplätze in Mannheim zu erhalten. Daraufhin unterstützten diese das Unternehmen mit 20,5 Millionen Mark. Der gerichtliche Streit dreht sich nun darum, ob diese Erklärung einen Vertrag darstelle oder nicht. Der Rechtsanwalt des Unternehmens, Dr. Jobst-Hubertus Bauer, erklärte zu den Vereinbarungen von 1995, die als „Mannheimer Erklärung“ bezeichnet werden, es habe sich um nicht mehr als eine Presseerklärung gehandelt. Ferner seien die Vereinbarungen nicht im Tarifregister aufgeführt. Die Differenzen wurden beim Gütertermin am 10. Juli beim

Mannheimer Arbeitsgericht, vor dem die SEL-Beschäftigten mit einem Autokorso von ca. 160 Autos und 40 Motorrädern protestierten, schnell klar. Richter Werner Althaus stellte nach 45 Minuten fest, es bestünde keine Möglichkeit der gütlichen Einigung. Den anwesenden Arbeitsdirektor von Alcatel SEL, Klaus Fritzsche, ließ Richter Althaus wissen, daß im Falle von Kündigungen, die sich später als rechtswidrig herausstellten, dem Unternehmen Kosten für Gehälter und Löhne von ca. 100 Millionen DM entstünden. Unterdessen beschützen seit dem 4. Juli die Beschäftigten in Mannheim ihren Betrieb rund um die Uhr. Sie wollen einen Abtransport von Maschinen durch die Unternehmensleitung verhindern. Diese Maßnahme wurde ergriffen, nachdem der Vorstand bereits interne Daten über den Daten-Highway an andere Standorte weiterleitete, und Anfragen vorlagen, ob Maschinen nicht „leihweise“ anderen Orten zur Verfügung gestellt werden könnten. Der nächste Termin im Gerichtsstreit wurde für den 11. September festgelegt.

Zusammenstellung: alk

# Arbeitskampf Altersteilzeit?

Am 25. Juni sind die Verhandlungen über eine tarifliche Altersteilzeit in der Metallindustrie von Nordwürttemberg-Nordbaden geplatzt. Am 8. Juli erklärte der Vorstand auf Antrag der Tarifkommission offiziell das Scheitern der Verhandlungen. Damit werden Urabstimmung und Streik möglich. Die Entscheidung über eine Urabstimmung soll Ende September fallen. Inzwischen hat die IG Metall auch bei Südwestmetall, dem Arbeitgeberverband im Süden Baden-Württembergs, die Tarifforderungen zur Altersteilzeit eingereicht. Damit wären einerseits neue Verhandlungen möglich, andererseits könnte die IG Metall bei einer Verweigerung von Verhandlungen in ganz Baden-Württemberg zum Arbeitskampf aufrufen. Die von den Unternehmerverbänden behauptete Friedenspflicht bestreitet die IG Metall, weil Altersteilzeit eine neue, bisher tariflich nicht geregelte Frage ist.

Über die Sommerpause will die IG Metall das Thema warm halten und betrieblichen Druck auf die Mitgliedsfirmen des Arbeitgeberverbands ausüben. Damit sollen auch für eine Urabstimmung die Voraussetzungen geschaffen werden, die nach Einschätzung des Stuttgarter Bezirksleiters heute noch nicht gegeben sind. Die gewerkschaftlichen Apparate laufen an, die betrieblichen Funktionäre werden zu Veranstaltungen zusammengeholten. Inzwischen liegt auch ein IGM-Logo für die Kampagne vor: eine Sonne, die zur einen Hälfte aus einem blauen Zahnrad (dem Arbeitsblock der Teilzeitphase) und zur anderen aus gelben Strahlen (dem Freizeitblock der Teilzeitphase) besteht.

Die IG Metall hat mehr als ein Jahr – zunächst zentral, dann regional – über eine tarifliche Altersteilzeit verhandelt. Nur bei VW ist es bisher zu einem Haustarif gekommen, der mit seiner Beschränkung auf fünf Jahre (bis 60 Jahre entsprechend der gesetzlichen Altersteilzeit) zwar nicht den Forderungen der IG Metall entspricht, aber gleichwohl vom Vorstand inzwischen als beispielhaft hingestellt wird.

Vom schwierigen Gang der Verhandlungen war der IGM-Vorstand überrascht. Vieles deutet darauf hin, daß er gerade bei der Altersteilzeit eine Art große Koalition, das „Bündnis“ mit Unternehmern und Regierung, für möglich gehalten hat. Schließlich hatte die Bundesre-



gierung selber den alten Vorruestand (mit Abfindungen und Arbeitslosengeld) durch ein Altersteilzeitgesetz abgelöst, das aber wegen seiner schlechten materiellen Regelungen kaum in Anspruch genommen wurde. Da rechnete der IGM-Vorstand wohl mit Rückenwind aus Bonn für eine bessere tarifliche Variante.

Und auch die Metallunternehmerverbände nehmen ja nicht grundsätzlich gegen „Altersteilzeit“ (im Sinne von früherem Ausscheiden) Stellung. Auch sie haben ein Interesse an der Möglichkeit, nach dem hunderttausendfachen, aber inzwischen versperrten Vorruestand mit einem anderen Instrument ältere Beschäftigte loswerden zu können. Die aktuellen Rationalisierungsstrategien wie lean production, Gruppenarbeit, Kontinuierlicher Verbesserungsprozeß, Reengineering usw. setzen auf jüngere Beschäftigte. Ältere werden aus diesen Konzepten häufig von vornherein ausgeklammert, weil sie den Unternehmen als Hindernis für die anvisierten Produktivitätssprünge gelten („wenn ich die Arbeit in der halben Zeit machen lassen will, kann ich das nur mit neuen, jungen Leuten; die Alten sagen mir doch nur, das funktioniert nie“).

Aber die Unternehmen und ihre Verbände wollen eine Altersteilzeitregelung nur zu ihren Bedingungen, preisgünstig und vor allem rundum freiwillig: Sie wollen allein entscheiden, ob im Unternehmen Altersteilzeit überhaupt angeboten wird, für wieviele und für wen und zu welchen Bedingungen. Eine tarifliche Altersteilzeit wollen sie nur als eine un-

verbindliche Empfehlung akzeptieren, über die sie betrieblich entscheiden.

Und damit ist die Altersteilzeitfrage zum Versuchsfeld für die künftige Tarifpolitik in der Metallindustrie überhaupt geworden: Sind Tarifverträge in der nächsten Zeit noch verbindliche Mindestregelungen? Oder sind sie „Angaben ohne Gewähr“, über die je nach Bilanzergebnis oder anderen betrieblichen Kennziffern entschieden wird? Hier steht das Ultimatum des Präsidenten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Hundt, im Hintergrund: Öffnung der Tarifverträge bis Ende 1998, andernfalls Ende der Flächentarifverträge; also mit der Brechstange gegen die Tarifverträge in der heutigen Form. Einkommen, Arbeitszeit usw. stehen in der Metallindustrie bis dahin offiziell nicht zur Verhandlung, also wird die Auseinandersetzung über die Alterszeit ausgefochten.

Für die IG Metall ist das nicht einfach. Die Mobilisierung für die Altersteilzeit war in den vergangenen Wochen mühsam und zäh. Begründet wird die Forderung vor allem mit der Arbeitsmarktlage, aber auf die Massenarbeitslosigkeit wirkt sie wie der Tropfen auf dem heißen Stein. Große Leidenschaften und damit spontane Energien setzt die Forderung nicht gerade frei. Als tarifpolitischer Selbstläufer, den man nur anzuschreiben braucht, wirkt sie nicht. Wenn der IG Metall hier ein Arbeitskampf aufgezwungen wird, dann muß sie jedenfalls klarmachen, daß dabei eine Richtungsentscheidung über die Tarifpolitik selber fällt: Sind Tarifverträge künftig verbindliche Mindestbedingung oder nur noch „unverbindliche Preisempfehlung“? rok (Entschließung der Tarifkommission mit Darstellung der Forderungen s. Politische Berichte 14/97)

## Riester zur Altersteilzeit

**Auf einer Veranstaltung in der IG Metall in Schweinfurt sprach Walter Riester u.a. zum Thema Altersteilzeit.**

In der Diskussion informierte er, daß die IG Metall parallel zu den Tarifverhandlungen mit der Bundesregierung über das geplante Änderungsgesetz zur Altersteilzeit verhandelt. Der betreffende Referentenentwurf der Bundesregierung würde an vier Punkten entscheidend gegen die IG Metall ausschlagen:

- in dem Gesetz existiere kein Tarifvorbehalt mehr, d.h., es könnten über Betriebsvereinbarungen oder Arbeitsverträge verschlechternde Regelungen vorgenommen werden
- es soll keine Insolvenzsicherung für angesparte Zeitkonten aufgenommen werden
- das Erfordernis der Wiederbesetzung der Stelle des ausscheidenden älteren Arbeitnehmers soll aufrechterhalten bleiben
- Lohnersatzleistungen und Leistun-

gen aus der Sozialversicherung sollen künftig besteuert werden.

Bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung zeichnet sich ab, daß zumindest für zwei Jahre ein Tarifvorbehalt formuliert würde. In diesem Zeitraum müßte dann der Tarifvertrag vereinbart werden. Die Äußerung Riesters, daß die IG Metall aufgrund des schlechten Gesetzes tariflich zum Handeln gezwungen werde, verweist auf ein wirkliches Dilemma in der aktuellen gewerkschaftlichen Debatte um Tarif- und Gewerkschaftsreform. Tarifverträge können eben nur für einen Teil der Lohnabhängigen bessere Regelungen durchsetzen, für den Rest gilt das schlechtere Gesetz. Es stellt sich die Frage, wie in diesen Zeiten des Generalangriffs von Regierung und Kapital auf die sozialen Standards mit einer Politik der Konzentration auf den Tarifvertrag der gewerkschaftliche Anspruch, den Kampf um soziale Emanzipation aller abhängig Beschäftigten zu führen, verwirklicht werden kann? cls

## Schluß mit Feierabend und Feiertagen in Europa?

Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion soll, wie schon der Name sagt, die Interessen der Konzern- und Bankvorstände und ihres Anhanges befriedigen, Arbeitnehmerinteressen über soziale Mindeststandards in Europa durchzusetzen, wäre bitter nötig. Auch für das Millionenheer der europäischen Bankangestellten bietet der Euro keine rosigen Perspektiven. Der Auslandszahlungsverkehr wird durch den Wegfall einiger Dutzend Währungen erheblich eingeschränkt. Insgesamt wird geschätzt, daß ein Viertel der Banken Europas vom Markt verschwindet. Aber auch für die verbleibenden Beschäftigten ist sozialer Rückschritt angesagt, das zeigen Pläne für Details des europäischen Geldmarkts.

TARGET ist das Interbank-Überweisungssystem, mit dem grenzüberschreitende Zahlungen in Europa durchgeführt werden sollen. Mit TARGET sollen die nationalen Zahlungsüberweisungssysteme miteinander verbunden werden und zwar in der Form, daß große Euro-Zahlungen in Echtzeit von einer Bank zur anderen geschoben werden können. Die nationalen Überweisungssysteme (in Deutschland das bestehende System zwischen den Landeszentralbanken) werden mittels eines Kommunikationsnetzes verbunden, in dem Zahlungsnachrichten in einheitlichem Format und einheitlichen Verfahren ausgetauscht werden.

Nach der Projektplanung von TARGET wurde die Entwicklungsphase der verschiedenen EDV-Bausteine im Juni 1997 abgeschlossen, bis Juni 1998 ist eine Testphase geplant, danach eine sechsmonatige Simulationsphase. Der Einsatz soll mit dem Start der Einführung des Euro am 1.1.1999 erfolgen.

TARGET soll täglich in allen Ländern der EWWU zur gleichen Zeit von 7.00 Uhr bis 18.00 Uhr mitteleuropäischer Zeit in Betrieb sein. Zum Vergleich: die Landeszentralbanken in der BRD haben zur Zeit eine Öffnungszeit für ihren „elektronischen Schalter“ von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr. Mit den geplanten Betriebszeiten wird schlicht eine Harmonisierung auf Basis der frühesten Öffnungszeiten und spätesten Schließungszeiten der jeweiligen nationalen Zahlungsverkehrssysteme vorgenommen. Die Projektverantwortlichen begründen dies damit, daß zum einen eine größere Überlappungszeit mit den Finanzzentren in Nordamerika und in Südostasien erreicht werden soll, was den Konkurrenzkampf in der Triade befähigen wird. Zum anderen solle verhindert werden, daß außerhalb der gemeinsamen Betriebszeiten größere Zahlungen durchge-

## Widia kommt nicht durch

Wieder einmal ist es nicht so gelaufen, wie die Geschäftsführung der Widia GmbH es sich vorgestellt hat. Nur wenige Tage hatte eine einseitige Kündigung der Betriebsvereinbarungen zur Leistungsentlohnung Bestand, die vor allem in den nach Akkord und Prämie entlohten Abteilungen hohe Wellen schlug. Eher zufällig fand diese Auseinandersetzung fast gleichzeitig mit den spontanen Arbeitsniederlegungen bei Opel Bochum statt, bei denen es ebenfalls um die Kündigung einer Prämienregelung ging, die zurückgenommen werden mußte.

Was ist passiert? Am 30.6.1997 erhielt der Betriebsrat der Widia GmbH ohne Kommentar ein Schreiben, in dem die genannten Vereinbarungen gekündigt wurden. Damit wollte die Geschäftsführung Druck auf ein Einigungsstellenverfahren ausüben, das der Betriebsrat eingeleitet hat. Streitpunkt ist, ob in der Presse eine Prämientlohnung auf Grundlage der seit 1988 bestehenden Rahmenbetriebsvereinbarung und damit auf Grundlage des Ta-

rifvertrages eingeführt wird, oder als außertarifliches, gewinnorientiertes „gain sharing“-Modell. Gleichzeitig hat die Geschäftsführung mit der Kündigung sämtlicher Vereinbarungen zum Leistungslohn deutlich gemacht, daß sie vom Niveau der Leistungslöhne weg will, die bei der Widia GmbH im Akkord um rund 18%, im Prämienbereich sogar um 26% über den Zeitlöhnen liegen.

Am 2.7. erschien ein „Betriebsrats-Info“. In den Tagen danach besuchten mehrere Abteilungen den Betriebsrat, wo bis zu zwei Stunden heftig diskutiert wurde. Daraufhin lehnte der Betriebsrat den größten Teil der für Samstag beantragten Überstunden ab und lud zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 9.7. ein. Über zehn Diskussionsredner ergriffen bei dieser Versammlung das Wort, darunter mehrere, die das noch nie getan hatten. Unmittelbar danach nahm die Geschäftsführung die Kündigung der Einzelvereinbarungen zu Akkord und Prämie zurück, allerdings nicht der Rahmenbetriebsvereinbarung Prämienlohn.

Dieses Ergebnis ist ein Teilerfolg, der die Ausgangsbedingungen für das Einigungsstellenverfahren verbessert.

(kw)

führt werden und Regionen, in denen die Banken länger oder später den Zahlungsverkehr betreiben, Zinsvorteile bekommen.

Mit dem Abschluß der elektronischen Zahlungen ist die Arbeit in der Zahlungsverkehrsabteilung nicht beendet. Wenn man optimistisch von einer Stunde Nacharbeiten ausgeht, wird die Arbeit also von 7.00 Uhr bis 19.00 Uhr gehen. Die Erfahrungen z.B. mit den Betriebszeiten der Deutschen Terminbörsen, ebenfalls ein Realtime-Finanzsystem, zeigen, daß die Banken nicht daran denken, solche Zeiten etwa mit Schichtsystemen (und damit doppeltem Personalbedarf) abzudecken, sondern das vorhandene Personal einfach „strecken“. Wenn das an gesetzliche Grenzen stößt, versucht man, diese zu umgehen. Falls die Betriebsräte und Gewerkschaften dagegen massiv vorgehen, marschiert man zur Ministerialbürokratie und initiiert Gesetzesänderungen. Die Lobby beim Finanzministerium in Form des „Gesprächskreises Forum Finanzplatz“, ein Club von Vertretern der Bundesregierung, Banken, Versicherungen und Börsen, war auch bereits entsprechend aktiv.

Nachdem man sich bereits in der Woche vor Weihnachten 1996 beim Finanzminister über die unbotmäßigen Betriebsräte beschwert hatte, die es wagten, die Einführung der Telekom-Aktie durch Verweigerung von Wochenendarbeiten zu behindern, erschien pünktlich zum Beginn der TARGET-Testphase Anfang Juli ein gemeinsames dreißigseitiges Positionspapier, in dem neben dem üblichen

Gesumse zur verbesserten Markt- und Wettbewerbsorientierung dringend gefordert wurde, „die Arbeitsmarktbedingungen an die Erfordernisse der Finanzmärkte anzupassen“. Neben der Multi-Kulti-Forderung, die Beschäftigung von „Experten (!) aus Nicht-EU-Ländern“ zu erleichtern, sollen insbesondere „die vorgeschriebenen zulässigen Höchstarbeitszeiten durch Öffnungsklauseln flexibilisiert werden“.

Während die geplanten täglichen TARGET-Öffnungszeiten inzwischen schon über die Wirtschaftspresse bekannt werden, kann man nur zwischen den Zeilen den Hauptangriff auf die Arbeitsbedingungen der europäischen Bankangestellten ablesen. Was passiert eigentlich an den uneinheitlichen Feiertagen im EWWU-Raum? Außer dem Weihnachtsfest in Form des 25. Dezember und dem Neujahrstag sind sämtliche sonstigen Feiertage uneinheitlich. Müssen also die deutschen Banken an Karfreitag oder Himmelfahrt zusehen, wie in Italien Euro-Geschäft gemacht wird, oder die französischen Banken am 14. Juli ausgeschlossen bleiben? Nun, diese Feiertage werden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr nach den TARGET-Planungen schlicht abgeschafft. Geplante Geschäftstage sind alle Tage von Montag bis Freitag mit Ausnahme des 25. Dezember und 1. Januar. Und national Ausklinken gilt nicht, die ISMA, Vereinigung der Wertpapierhändler hat bereits energisch gefordert, daß Zahlungen in Euro in allen EU-Staaten an den Öffnungstagen von TARGET möglich sein

müssen. Ergänzen kann man, daß sicher auch alle Konzerne in Europa dem Tag entgegenfeiern, an dem ihre grenzüberschreitenden Zahlungen bereits am 1. Mai valutiert werden können. Das bringt nicht nur einen Triumph über die Arbeiterbewegung, sondern auch gleich einen Tag mehr Zinsen.

Der neue Vorstandschef der Deutschen Bank, Breuer, konstatierte auch bereits am gleichen Tag, an dem er die Schließung von 17 von 20 Terminbörsen in Europa vorhersagte, daß der Finanzplatz Frankfurt Nachholbedarf bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Arbeitszeit habe. Die Reglementierungsdichte im deutschen Arbeitsrecht sei hinderlich und stamme von vor fünfzig Jahren. Ein modernes Finanzzentrum müsse (mit den nach der Rationalisierung verbliebenen Bankangestellten, g.st) einen 24-Stunden-Handel aufrechterhalten können, was Samstags- und Sonntagsarbeit mit einschließe. Die Feiertage hat Breuer wohl schon abgehakt.

Mal gespannt, ob den HBV-Spitzenfunktionären im Bankbereich zum Thema Euro mehr einfällt, als „kostenlose Euro-Konten für Bankangestellte“ zu fordern – so ungelogen in einem Vorschlag der Hauptfachabteilung Banken zu einer „gemeinsamen Erklärung von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zur EWWU“. *gst*

Quellen: Fachlexikon der Unternehmensberatung Mummert & Partner zur EWWU, Börsenzeitung vom 23.12.96, 21.2.97, 2.6.97, Süddeutsche Zeitung vom 9.7.97

#### **100% Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall gesichert, 1,5% mehr**

## **Groß- und Außenhandel: „Geschafft!“**

Die Streiks im Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen wurden nach fast sechs Wochen weitgehend erfolgreich beendet. Nach einer langen, harten Tarifauseinandersetzung hat die Gewerkschaft HBV bei den Verhandlungen am 9.7.1997 einen Abschluß erreicht.

Allein in Essen, einem Schwerpunkt der Aktionen, hatten bis zu 1.000 Beschäftigte gleichzeitig die Arbeit niedergelegt. Einige Firmen scherten unter diesem Druck aus dem Kapitalistenverband aus und schlossen Haustarifverträge ab, darunter die Stahlhandelsfirmen Cocke- rill und Thyssen-Schulte, der Pharma-Großhändler Noweda und mehrere Frische-Großhändler. Diese Verträge sollen jetzt in den Flächentarifvertrag überführt werden. Andere Firmen blieben bis zuletzt entschiedene Gegner jeden Einlenkens. Dazu gehört der Frische-Großhändler Interbuy, der zum Metro-Konzern gehört, einem der größten Handelsriesen der BRD. Nach einem Warnstreiks wurde Interbuy sieben Tage lang am Stück bestreikt. Die Konzernleitung übernahm sofort selbst das Kommando



**Streikposten vor Interbuy an der Pferdebahnhstraße in Essen. Nach fast sechs Wochen mit Streikaktionen hat die Gewerkschaft HBV ein Tarifergebnis für den Groß- und Außenhandel erzielt.**

und ließ Leiharbeiter und Aushilfskräfte als Streikbrecher arbeiten. Wiederholt kam es zu kleineren Zwischenfällen beim Ein- und Ausfahren von LKWs. Immerhin: Statt der sonst üblichen 80 bis 100 LKWs verkehrten während der Streiktag täglich vielleicht ein Dutzend LKWs. In den von Interbuy belieferten Supermärkten gab es massive Engpässe, z.B. an den Milchtheken.

Das Ergebnis des Streiks wurde von den Streikenden positiv angenommen. Die Teilnehmer einer Streikversammlung am 10.7.1997 in der Zeche Carl in Essen-Altenessen nahmen den in der Nacht in Dortmund erzielten Abschluß einstimmig an. Das wichtigste: Auch im Groß- und Außenhandel sind die 100% Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall tariflich gesichert, der Manteltarifvertrag ist erstmals zum 31.12.2000 kündbar. Auch die Mehrarbeit wird in die Berechnung einbezogen, nur die Überstundenzuschläge nicht. Außerdem werden die niedrigen Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen im Groß- und Außenhandel rückwirkend ab 1.3.1997 (im gemeinschaftlichen Großhandel ab 1.4.1997) um 1,5% erhöht, so daß die Gehaltsgruppe III in der Endstufe von 3.244 DM auf 3.293 DM monatlich steigt. Problematisch ist die Verlängerung des Arbeitszeitregelungszeitraums von einem halben auf ein Jahr. Darüber hinaus fallen die bisher im Tarifvertrag geregelten bezahlten Freistellungen am 24.12. und 31.12. jeweils ab 12.00 Uhr weg.

Der gewerkschaftlichen Arbeit hat der Arbeitskampf Auftrieb gegeben. Die Gewerkschaft HBV hat viele Eintritte zu verzeichnen. „Geschafft!“, heißt die Überschrift ihres Flugblattes zum Abschluß. Hervorgehoben wird neben den dargestellten Bestandteilen des Abschlusses, was noch alles an vom Arbeitgeberverband geforderten Verschlechterungen abgewehrt werden konnte. Die Kapitalisten wollten die Möglichkeit einer Ausdehnung der Arbeitszeit auf bis zu 45 Stunden/Woche ohne Mehrarbeitszuschläge, die Streichung weiterer Zuschläge, die Möglichkeit, tarifliche Min-

destgehälter und -löhne zu unterschreiten und die Nichtberücksichtigung der Mehrarbeitszuschläge beim Urlaubsgeld.

In einigen Punkten ist das durch Streik erzielte Tarif-Ergebnis besser, als z.B. in der metallverarbeitenden oder gar in der chemischen Industrie, die beide einen höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad vorweisen. *wof*

#### **IG BAU**

## **„Putzfrauen“-Streiks ausgeweitet**

„Sauberer Lohn für saubere Arbeit“, unter dieser Losung hat die IG Bau die Streiks im Gebäudereinigerhandwerk NRW ausgeweitet. Nachdem am 8.7.1997 die Kolonne der Firma Piepenbrock beim Marienhospital in Essen in den Streik trat, legten in den Tagen danach auch die „Putzfrauen“ bei Radio Essen, beim Flughafen Düsseldorf und im Johanniter-Krankenhaus Essen die Arbeit nieder. Auch die Urabstimmungen werden noch ausgedehnt: Die Gewerkschaftsmitglieder unter den 250 Beschäftigten der Firma Nordwest-Reinigung im Uni-Klinikum Essen stimmten letzte Woche zu 96% für Streik. Bei einem Lohn von 13,90 DM/Stunde im Akkord fordert die IG BAU mindestens eine Lohnerhöhung in Höhe der Inflationsrate. Die Unternehmen wollen von Mai bis Dezember 1997 eine „Nullrunde“ durchsetzen und erst danach 1,6% mehr zahlen, bei einer Laufzeit von insgesamt 16 Monaten – für die IG BAU eine Provokation. Der Unternehmerverband der Gebäudereiniger hat inzwischen eine Zeitungsanzeige geschaltet, gespickt mit Falschinformationen. Besonders erbost sind die Kapitalisten, weil die IG BAU ihr „Angebot“ in anderen Bundesländern angeblich geschluckt hat. Ihre Front bröckelt jedoch: Die Firma Klüh, die u.a. die im Düsseldorfer Flughafen putzt, hat einen Haustarif abgeschlossen. *wof*

# **Öcalan sagt: Es gab kein Todesurteil!**

*Yavuz, die PDS hatte zu einer Veranstaltung mit Günter Wallraff eingeladen. Da sollte mit Leuten, die sich für Kurdistan interessieren, über die Vorwürfe diskutiert werden, die Wallraff gegen die PKK bzw. Öcalan in dem Cürikkaya-Buch erhebt. Wie hast Du die Veranstaltung erlebt?*

Mir kam es so vor, daß Wallraff versucht zu belegen, daß die Kurden kein Demokratieverständnis haben, daß er jetzt dieses Demokratieverständnis, indem er sich hinter Cürikkaya stellt, den Kurden einprägen oder ihnen aufzwingen will. Wallraff hat mit Sachen gearbeitet, die mit der Realität nichts zu tun haben, die wirklich teilweise erfunden sind. Und er hat auch Sachen unterstellt: wie arm die PKK-Guerilla dran sei, daß „Apo“ sie einfach ohne Ausbildung, ohne irgendwelche Ausrüstung in die Berge schickt ... Jeder weiß, daß die Realität so nicht ist. Er hat alles versucht, um die kurdische Befreiungsbewegung zu diffamieren.

**Wallraff hat alles versucht, um die kurdische Befreiungsbewegung zu diffamieren.**

*Du sagst, er diffamiert. Wallraff sagt aber, dieses Buch durfte nicht veröffentlicht werden, und wer's liest ist bedroht. Hast Du das Buch gelesen? Weißt Du, ob das Buch frei zugänglich ist? Wo ist es veröffentlicht worden?*

Das Buch ist hier bei einem kleinen Verlag veröffentlicht worden auf Türkisch vor zwei Jahren. Ich hab's auch vor einem Jahr gelesen. Und Wallraff hat auch auf der Veranstaltung selbst zugegeben, daß es auf der Akademie der PKK im Libanon erhältlich war, daß jeder Zugang zu diesem Buch hatte. Ich denke, daß da ein Widerspruch ist.

*Also die Behauptung stimmt schon mal nicht, daß dieses Buch ein unterdrücktes Buch sei?*

Nein, das stimmt nicht.

*Der zweite Kernpunkt dieser Auseinandersetzung ist, daß Wallraff sagt, Cürikkaya sei mit dem Tode bedroht für die Veröffentlichung dieses Buchs bzw. dieser Kritik an Öcalan. Stimmt das?*

Er sagt ja selbst, daß er ein Gespräch über Cürikkaya mit Öcalan geführt hat und daß Öcalan gesagt hat, es gibt kein Todesurteil gegen Cürikkaya – und wenn es eines gäbe, dann gibt es dies jetzt nicht mehr. Das gibt er ja selbst zu.

*Aber ist da drin enthalten, daß es eines gegeben haben könnte oder daß es eines gab?*

Nein! Öcalan sagt: Es gab kein Todesurteil! Und Wallraff sagt: Doch, es gab eins. Und Öcalan sagt: Glauben Sie mir. Wenn Sie es behaupten, dann gibt es somit keines mehr. Und das mit dem Wallraff, daß er von der PKK bedroht wird, denke ich, ist auch eine erfundene Sache, um das ganze hochzublasen. Es mag sein, daß irgendwelche Leute beim Wallraff angerufen haben und ihn bedroht haben. Das kann aber auch türkischer Geheimdienst sein oder andere Kräfte.

*Du meinst also, er soll sich eher beruhigen?*

Er soll sich beruhigen. Wir haben versucht mit ihm zu reden, trotz der Diffamierung, die er vorgeführt hat ...

*Du hast auf der Veranstaltung gesagt, einige Dinge, die Cürikkaya in dem Buch berichtet, seien aus Deiner Kenntnis nicht wahr. Um was geht es da?*

Es geht um mehrere Fälle. Eine Geschichte, die mir auch ziemlich nahe geht, will ich als Beispiel nennen, mit Hüseyin Celebi und einer Frau aus der Nähe von Frankfurt, die Kocere. Wir kannten uns schon in jungen Jahren hier. Kocere ist dann später mit Hüseyin nach Kurdistan gegangen, um in den Kampf einzuziehen. Ich habe sie dann auch später selbst bei der Guerilla gesehen. Er schreibt über diese Frau, daß sie von Öcalan unter Druck gestellt worden sei und daß sie sich daraufhin den türkischen Sicherheitskräften übergeben hätte ...

*Also sie sei dann zur Verräterin geworden, aus Verzweiflung oder aus Angst?*

Ja, und hätte dann Hunderte von Menschen verraten. Dieses Beispiel stimmt überhaupt nicht. Kocere ist bei Diyarbakir in einem Gefecht getötet worden. Oder auch andere Beispiele ...

*Wallraff sagt, daß Leute nur deswegen überlebt hätten, weil sie ihre Kritik an Öcalan beendet hätten. Stimmt das?*

Das stimmt nicht. Das behauptet er am Beispiel Hüseyin Yilderem oder von Kasan Öcalan. Jeder, der sich mit der Geschichte der PKK auseinandergesetzt hat, wird feststellen, daß Hüseyin Yilderem seit 1989, seit er sich von der PKK getrennt hat, mit dem Aufruf „Ja zur PKK, nein zu Apo“ ständig Pressekonferenzen gemacht und Broschüren und Flugblätter herausgegeben und 1992 die „PKKVejin“ – Widerstand heißt das – gegründet hat. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Wallraff das nur einfach da hinschreibt, ohne diesen Fall untersucht zu haben.

*Und Du schließt jetzt aus diesen Dingen, die Du kennst, daß das ganze Buch im wesentlichen nicht stimmt?*

Ja, das sage ich. Das ist so. Man muß sich vorstellen, dieses Buch ist hier in ganz kleiner Auflage erschienen. Es hat nicht die kurdischen oder türkischen Menschen ansprechen können, weil sie eben die Realität der PKK und des kurdischen Befreiungskampfes besser kennen als die Deutschen.

**Das Buch hat nicht die kurdischen oder türkischen Menschen ansprechen können, weil sie eben die PKK kennen.**

Es ist dann in der Türkei nochmal gedruckt worden, und Cürikkaya behauptet, es sei vom türkischen Geheimdienst gedruckt worden, er hätte damit nichts zu tun. Ob's stimmt oder nicht, mag dahingestellt sein. Aber dieses Buch ist dann in der Türkei vom türkischen Geheimdienst vertrieben worden. Also dient es dem türkischen Staat.

*Ja gut, das mag sein. Aber es kann ja sein, daß das der Autor nicht wollte. Es ist aber auch deswegen in der deutschen Öffentlichkeit sehr stark angenommen worden, weil darin behauptet wird, in der PKK sei keine Kritik erlaubt. Wie stehst Du dazu, daß die PKK kritisiert wird?*

Ich habe gegen Kritik, solidarische Kritik nichts. Und es gibt auch durchaus, von deutscher Sicht vielleicht und auch aus unserer Sicht Kritikpunkte an der PKK. Jeder Kurde hat seine, auch teilweise berechtigte Kritik. Aber die Kritik darf nicht so weit gehen, daß man einen Kampf diffamiert, daß man wirklich alles versucht, um diesen Kampf als stalinistisch darzustellen, wie sie es tun. Daß ein Diktator sich über ein Volk und eine Partei gestellt hat, das entspricht nicht der Realität.

*Mir scheint, daß Wallraff Wörter in der Diskussion benutzt, weil sie in der deutschen Öffentlichkeit eine bestimmte Gedankenverbindung auslösen, bestimmte Erfahrungen (mit dem Faschismus) und auch Kritik an Verbrechen des Stalinismus ansprechen, das Wort „Führer“ zum Beispiel ... Sind diese Wörter genauso gebraucht wie im Kurdischen?*

Es ist so, daß teilweise diese Wörter aus dem Inhalt gerissen sind. Andererseits ist es auch eine Kultursache. Also wenn ich sagen würde, die Kurden sind dumm, so wird das für Kurden verständlich. Man

**A**m 6. Juli war in Stuttgart eine Veranstaltung mit Günter Wallraff, zu der die Plattform Demokratischer Sozialismus, Teile des Landesvorstands und die BO Stuttgart der PDS, nach eigener Aussage „halböffentliche“, eingeladen hatten. Wallraff kam mit zwei Zivilpolizisten, trotz des Protests der ca. 20 Anwesenden wollte er sie nicht vor der Tür warten lassen. Rings ums Lokal demonstrierte die uniformierte Polizei starke Präsenz. So zeigte schon die äußere Form den Charakter der Diskussion: unter der Kontrolle des Staatsschutzes, unter der Drohung des PKK-Verbots. Eine freie Diskussion ist unter solchen Umständen schwer zu führen.

Das ist auch ein Hauptproblem bei Wallraffs Angriff auf die PKK und Öcalan. Wie können sich die Kurdinnen und Kurden gegen seine Anwürfe wehren, wenn jede Argumentation über das Programm und die Strukturen der PKK, über eigene Ansichten und Erfahrungen als Unterstützung gewertet und damit

strafrechtlich sanktioniert werden könnten? Wir haben erlebt, daß das keine leeren Drohungen sind. Wie können die Kurdinnen und Kurden ihre Anliegen vorbringen, ihre politischen Probleme diskutieren, wenn auch in Deutschland ihre eigenen Medien verfolgt, ihre Verla-

Ein weiteres Problem liegt in der Methode Wallraffs. Er meint, er müsse mit seinem speziellen Journalismus, der skandalisiert, statt wirklich zu enthüllen, die verborgene Wahrheit ans Tageslicht bringen. Aber wenn man wissen will, wie es Ausländern geht, sollte man ihnen selbst das Wort geben. Wer wissen will, was die PKK ist und tut und wie Öcalan denkt und handelt, sollte zuerst sie selbst befragen: ihr Programm, ihre Äußerungen zur Kenntnis nehmen und ihre Taten wahrheitsgemäß berichten. Die Quelle der offiziellen Medien ist im wesentlichen „Anadolu“, wobei nicht dazugesagt wird, daß dies die staatlich kontrollierte türkische Agentur ist. Im kalten Krieg waren die Medien penibler, da fehlte bei TASS nie der Zusatz „halbamäßig“.

Die Forderung von Kurden, die Kritik müsse solidarisch sein, bedeutet also zuerst, ihnen eine Stimme zu geben. So kann Kritik auch zur Korrektur möglicher Fehler helfen.

weiß, was der Hintergrund ist, so ist es ist keine Beleidigung – anders als wenn ich sagen würde, die Deutschen sind dumm.

Öcalan hat nach Aussage von Wallraff gesagt, die Kurden sind dumm.

Ja, und das sage ich auch oft. Das wird nicht herabwürdigend gesehen. Sondern es geht darum, daß eine Gesellschaft, die in der ganzen Zeit unterdrückt ist, es nicht geschafft hat, selbständig zu sein, ihre Entwicklung nicht vorantreiben konnte – mit dem Hintergrund wird das gesehen. Und trotzdem ist es so, daß auch der türkische Sicherheitsrat das zugeben muß, daß achtzig Prozent hinter der PKK stehen.

Wallraff hat sehr scharf kritisiert, daß Öcalan großenvahnsinnig sei: er hätte sich mit Jesus verglichen.

Der Bischof von Aleppo hat ihm gesagt: Sie ähneln Jesus. Und der Öcalan sagt dem Wallraff: Der Bischof hat mir solches gesagt. Ich weiß nicht, in welcher Atmosphäre das stattgefunden hat, was der Hintergrund davon war. Wallraff reißt sich diesen Satz heraus, um Öcalan als großenvahnsinnig zu erklären. Es ist ja auch so mit der PKK und Öcalan: Unter Öcalans Vorsitz hat die Gesellschaft sehr viel erreicht. Und es gibt immer wieder Menschen in der kurdischen Gesellschaft, die Öcalan als was Großes sehen, als einen Menschen, der übermenschliche Kräfte hat.

Du sprichst das an, was man hier als Personenkult bezeichnet?

Ja. Man muß auch bedenken, es war in allen unerentwickelten Ländern ein Führer da, aber nicht in dem Sinne, wie es hier in den Metropolen bekannt ist. In

## Freie Diskussion? Solidarische Kritik?

Von Ulrike Küstler

ge geschlossen werden? Durch ein Urteil des Bundesgerichtshofs ist festgestellt, daß über die PKK nur berichtet, daß Öcalan nur zitiert werden darf, wenn das mit einer negativen Wertung verbunden wird. So ist in „focus“ erlaubt, was beim „Kurdistan-Rundbrief“ angezeigt wird. Das ist Wallraff bekannt, aber: Mit Menschen, denen der Mund verbunden wird, ist leicht argumentieren!

Vietnam war es der Ho Chi-minh, in Kuba war es der Castro, woanders war der Mandela, und in Palästina war es Arafat.

Also wird mit diesen Begriffen, dem Wort gespielt, um ein bestimmtes Bild herzustellen?

Es wird ziemlich mit Begriffen gespielt. Die Realitäten in diesen Ländern sind andere Realitäten als hier, und wenn man das Wort Führer oder Vorsitzender hört, dann vergleicht man es hier gleich mit Hitler.

Und auch wie Wallraff argumentiert: die PKK sei stalinistisch, Öcalan sei eine Mischung zwischen Khomeini im Iran, Stalin in der Sowjetunion und dem Despoten in Damaskus, und das sind wirklich Unterstellungen. Natürlich, ich kann auch viel behaupten, aber es müssen Tat-sachen gebracht werden. Und es ist so, daß Öcalan vom Kongreß, von den Mitgliedern zum Vorsitzenden gewählt wird...

Also es gibt in der PKK, in der Guerilla Wahlstrukturen? Es gibt auch Kontrolle durch Abwahl?

Es gibt ein Zentralkomitee, eine Oberkommandantur, die sowohl das Zentralkomitee und diesen Vorsitzenden kontrolliert. Es gibt (demokratische) Mechanismen.

Und gibt es auch Möglichkeiten, unbeschadet Kritik zu üben?

Es gibt die Möglichkeit. Aber die Kritik darf, denke ich, nicht so weit gehen, daß es dem Kampf jetzt schadet. Und da muß man, denke ich, vorsichtig sein.

Was denkst Du, warum Wallraff dann solche Sachen in die Welt setzt? Ich glaube, daß Wallraff hinter einer Sen-

sation her ist. Und ich glaube nicht, daß dem Wallraff so groß an Cürükka liegt.

**Ich glaube, daß Wallraff hinter einer Sensation her ist.**

Wenn es wirklich so ist, daß er sich für verfolgte Schriftsteller oder Journalisten einsetzt, so hätte er sich bisher zu den Journalisten oder Schriftstellern, die in der Türkei in Haft sind – zig Schriftsteller und Journalisten sind in der Türkei auf offener Straße hingerichtet worden von der türkischen Konterguerilla, Wallraff hat bisher keine Stellung dazu bezogen. Seine Arbeit zur Türkei ging hauptsächlich über Aziz Nesin und über dieses Buch „Ganz unten“. Aber zu der Realität in der Türkei und Kurdistan und zu der Realität der Schriftsteller und Journalisten hat sich Wallraff bisher nicht verhalten. Er ist wieder hinter einer Sensation her, denke ich. Und auch wie das ganze aufgeputscht wird: mit Polizeischutz, und die gefährliche PKK, und ... Also dieses Bild, das der Staat hier seit Jahren versucht aufzubauen von Kurden und der PKK, versucht er zu verstärken, um so seine Geschichte noch größer, noch sensationeller zu machen.

Das ist ein hartes Urteil über diese ganze Angelegenheit, ein hartes Urteil über diesen Journalisten und seine Arbeit – und das muß man jetzt eben auch in der Öffentlichkeit diskutieren, wie das von kurdischer Seite gesehen wird.

Ich danke Dir für dieses Gespräch.

Das Gespräch mit Yavuz Fersoglu führte Ulrike Küstler am 13. Juli 1997.

# **Die neue bürgerliche Verfassung in Polen**

**Von Zbigniew Wiktor, Bund Polnischer Kommunisten**

Beide Kammern der Nationalen Versammlung der Republik Polen haben am 2. April 1997 die neue Verfassung beschlossen. Am 25. Mai fand die allgemeine Volksabstimmung über diese Verfassung statt. An dieser Abstimmung haben nur 43% der Stimmberechtigten teilgenommen, davon haben 53% für und 47% gegen die neue Verfassung gestimmt. Wir können somit feststellen, daß die neue Verfassung in der Volksabstimmung nur die Unterstützung von 22% der Wahlberechtigten hatte, was nur etwa 5 Millionen von insgesamt 28 Millionen sind.

Diese relative Mehrheit aber reicht, weil bei der Volksabstimmung über die Verfassung die Höhe der Beteiligung oder eine qualifizierte Mehrheit nicht vorgeschrieben sind. Deswegen kann man erwarten, daß nach der Unterzeichnung durch den Staatspräsidenten im Herbst die neue Verfassung in Kraft tritt.

Die Verabschiedung der Verfassung bedeutet eine Übergangsperiode der Aufbautraformation in Polen. Die bisherigen konstitutionellen Normen und Gesetze umfaßten die sogenannte Kleine Verfassung von 1992, die aber nur die wichtigsten Verhältnisse zwischen den Behörden oder oberen Staatsebenen regulierte, und einige, vielmals revidierte Vorschriften von 1952, tief gehaßt von den neuen Herren der Republik wegen ihres „stalinistischen“ Ursprungs. Die früheren Versuche (1990–1993) der Vorbereitung und Verabschiedung einer neuen Verfassung hatten keine Resultate ergeben. Erst als eine linke-bäuerliche Koalition nach 1993 an die Macht gekommen war, hatten die Bestrebungen reale Formen angenommen.

## **Eine Verfassungskoalition gegen die Reste des Sozialismus ...**

Es ist eine Frage, was Wesen und Grundlage sowie Ursachen dieser neuen Verfassungskoalition waren. Die Liberalen sowie die Arbeitsunion sind aus der „Solidarnosc“-Bewegung herausgewachsen. Erstere waren Hauptsubjekte der „Solidarnosc“-Regierungen, die nach 1989 unter dem Banner der freien Wirtschaft einen wilden Kapitalismus eingeführt hatten. Der Antikommunismus der „Solidarnosc“-Sozialdemokraten ist auch bekannt. Die beiden Parteien blieben und bleiben starke Anhänger der „demokratischen Reformen“, was sie in die Nähe der Sozialdemokraten aus der Allianz der demokratischen Linken bringt. Die Bauernpartei hat sich in Wirklichkeit in zwei

Flügel geteilt: Anhänger der großen Farmerwirtschaft, die das Übergewicht gewonnen haben, und Anhänger der traditionellen Kleinwirtschaft. Beide Tendenzen verteidigen die Bauernwirtschaft, und sie sind die Grundlage der starken Kirchenposition auf dem Lande.

Diese politischen Kräfte haben darin übereingestimmt, daß die Übergangsperiode der kapitalistischen Transformati on zum Schluß kommen muß. Die Reste des Sozialismus müssen beseitigt werden. Die Privatisierung des öffentlichen (staatlichen) Sektors hat mehr als 60% der polnischen Wirtschaft umfaßt. Es ist eine neue Kompradoren- bzw. nationale Bourgeoisie entstanden, die Arbeiterklasse ist zerstückelt, korrumpt und demoralisiert und kann keinen effektiven Widerstand leisten. Die allgemeine ökonomische Situation Polens sieht gut aus, weil sich das Land seit vier Jahren in einer wirtschaftlichen Konjunktur befindet, was das Übergehen zur neuen Etappe erleichtert.

## **... für NATO- und EU-Osterweiterung**

Diese Politik ist auch durch eine neue internationale Lage erzwungen. Die Sozialdemokratische Partei und der neue Staatspräsident A. Kwasniewski wurden heiße Anhänger der NATO-Osterweiterung und des EU-Beitritts. Hauptziel dieser politischen Bemühungen und Aktivitäten bleibt die Integrierung Polens in die politischen, ökonomischen und militärischen Strukturen der NATO und EU. Die NATO wird in Wirklichkeit nicht nur als ein internationales Verteidigungssystem betrachtet, sondern vor allem als Schützer und Garant der neuen kapitalistischen Verhältnisse in Polen. Diese Strategie ist eng mit den Zielen der imperialistischen Staaten sowie mit der Politik des internationalen Finanzkapitals verbunden. Die NATO-Osterweiterung destabilisiert die internationale Situation in Zentral- und Osteuropa, insbesondere stellt sie die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zu Rußland in Frage. Sie liegt im Interesse des Großkapitals, der imperialistischen Staaten, der polnischen Bourgeoisie, nicht aber im Interesse der polnischen Werktätigen. Die Verfassungskommission hat im Sinne dieser allgemeinpolitischen Tendenzen einen Konsens, einen neuen Kompromiß erarbeitet, wo unter dem Banner der „nationalen Zustimmung“ diese neue Verfassung beschlossen wurde. Natürlich umfaßt dieser Kompromiß und die „nationale Zustimmung“ nur die bürgerlichen Kräfte, insbesondere die Kompradorenbourgeoisie. Die führende Rolle gehört dem großen ausländischen Kapi-

tal, dessen Interesse diese Kräfte in Polen repräsentieren wollen. Dieser Kompromiß umfaßt nicht die Arbeiter und viele andere Werktätige, weil die neue Verfassung gegen ihre Interessen aufgebaut worden ist.

Die neue Verfassung bleibt ein neues Siegessymbol der bürgerlichen Kräfte, die jetzt offiziell den geraubten Reichtum demonstrieren, die Reste der sozialistischen Volkswirtschaft privatisieren, die Ausbeutung der Arbeiter vertiefen und den Staatsapparat zur Bekämpfung von Widerstands- und Protestaktionen der Arbeiter und Arbeitslosen benutzen wollen. Sie bedeutet in diesem Sinne einen wichtigen Schritt in der Befestigung der bürgerlich-kapitalistischen Beziehungen und sie schafft die Prämissen zur Entstehung einer offenen bürgerlichen Diktatur.

## **Raub des gesellschaftlichen Eigentums**

Der reaktionäre Charakter der neuen Verfassung äußert sich darin, daß sie den polnischen Werktätigen die Ehre und ihre politische Subjekt-Rolle im Land raubte. Sie hat der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen das gesellschaftliche Eigentum geraubt. Sie beseitigte den Schutz des staatlichen Eigentums und schuf stattdessen die neue Norm „Schutz des privaten Eigentums“ (Art. 20, Art. 64), was das Recht auf Aneignung fremder Arbeit sowie das Recht auf Ausbeutung bedeutet. Die neue Verfassung ist die konstitutionelle Grundlage für die Verwandlung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen zu Dienern der Kapitalisten, sie ermöglicht erneut eine kapitalistische Produktion. Sie beseitigt die ökonomischen Grundlagen des sozialistischen Wohlstandes, der sozialen Selbstorganisation, und schafft deshalb eine dunkle Perspektive für die Arbeiter und die anderen Werktätigen.

Die Verfassung hat auf fast alle sozialen Errungenschaften Volkspolens verzichtet, z.B. auf Vollbeschäftigung und das Recht auf Arbeit, Wohnungsbau für die Massen, kostenlose und allgemeine Ausbildung, Kultur, Erholung, Gesundheitswesen, ein billiges Transport- und Kommunikationswesen für die Massen. Die neue Verfassung fixiert in Wirklichkeit einen Zustand, wo in der Hälfte der neu gebildeten Betriebe keine Arbeiterrechte berücksichtigt werden und keine Gewerkschaftsorganisationen tätig sind, weil die Arbeitgeber sie als unerwünscht betrachten.

Die Verfassung formuliert nicht nur die Regeln und Inhalte gegen die Werktätigen. Sie hat auch viele gegen die Nation gerichtete Bestimmungen. Sie formuliert

und fixiert den konstitutionellen Rahmen für freie kapitalistische Marktwirtschaft (Art. 20), auch wenn sie sich offiziell für die „soziale Marktwirtschaft“ erklärt. Dies öffnet Polen für die Expansion des internationalen Großkapitals, bei dem Polen keine Chance hat, seine nationalen Wirtschaftsinteressen zu verteidigen. Sie verwandelt Polen im ökonomischen Verhältnis zur Europäischen Union in ein Reservoir für Rohstoffe und billige Arbeitsplätze, im Verhältnis zur NATO in einem militärischen Übungsplatz gegen Rußland und in ein Fußvolk für militärische Einsätze der NATO-Staaten buchstäblich in der ganzen Welt. Sie formuliert in Art. 90 die Möglichkeit der Abgabe von Souveränitätsrechten an diese supranationalen Organisationen.

### **Öffnung der Grenze nach Deutschland**

Eine besondere Bedrohung für die polnische Souveränität und die nationale Integrität sind die Beziehungen zum großen, vereinigten Deutschland – Polens riesigem Nachbarn im Westen. Der Beitritt zur EU bedeutet nicht nur, daß die polnische Grenze offen wird nicht nur für das deutsche Kapital, sondern auch für die früher ausgewiesenen Ostdeutschen, für deren Landkäufe und die Neukolonialisierung des „deutschen Ostens“. Wir können nicht vergessen, daß bis heute der Art 116 des Grundgesetzes der BRD besteht, in dem die deutschen Reichsgrenzen von 1937 in Verbindung mit der deutschen Staatsbürgerschaft noch immer genannt werden.

Die Verfassung enthält viele traditionelle bürgerliche Freiheiten (das 2. Kapitel, die Artikel 30 bis 63) und formuliert viele Freiheiten und Rechte – ökonomische, soziale und kulturelle, deren Reichweite und Inhalt in detaillierteren einfachen Gesetzen geregelt werden sollen. Der Bürger kann seine Rechte durch die sogenannte konstitutionelle Klage verteidigen (Art. 79), was bedeutet, daß das Rechtswesen und die Gerechtigkeit den reichen Leuten dienen wird.

### **Starke Exekutive, schwache Legislative**

Eine andere Frage betrifft die Rolle und die konstitutionelle Position des Staatspräsidenten. Es gab früher viel Kritik an der starken Position von Lech Wałęsa als Staatspräsident, der viele konstitutionelle Krisen verantwortete. Die neue Verfassung hat diese starke Position nur minimal begrenzt und setzt in Wirklichkeit die konstitutionelle Position des Staatspräsidenten gegenüber dem Parlament, der Regierung und den obersten Gerichten fort. Der Staatspräsident geht wie das Parlament aus direkten Wahlen hervor, was die führende Position des Parlaments schwächt. Die Befugnisse des Präsidenten machen ihn weiterhin zu einem Konkurrenten des Parlaments. Statt Trennung der Staatsgewalt (in Exekutive und Legislative, Anm. d. Red.) ist ein System

von „Teilung und Balance“ eingeführt worden (Art. 10). Das hat seine Fortsetzung in der Position und konstitutionellen Rolle des Verfassungsgerichtshofes gefunden. Die Beschlüsse und Urteile des VGH bekommen allgemeinverbindlichen und abschließenden Charakter, der Verfassungsgerichtshof steht also über dem Parlament (Art. 190).

Eine tiefe und grundlegende Reform der Lokalverwaltung wird vorbereitet, die eine Konsequenz aus der Stärkung der Exekutive ist. Die Bürgermeister in den Städten und Gemeinden sollen wie der Staatspräsident direkt gewählt werden, was ihre Position gegenüber den Gemeinderäten stärkt.

Zusammengefaßt können wir feststellen, daß die neue Verfassung dem Staatspräsidenten und seinen vollziehenden Organen große Befugnisse gibt und insbesondere die vollziehenden Organe in den Provinzen (Wojewodschaften) und Gemeinden außerhalb der realen Kontrolle durch die Repräsentanten des Volkes stellt.

### **Verbot des Kommunismus**

Besonderen Widerstand weckt Artikel 13 der Verfassung, der den Kommunismus mit dem Faschismus und Nazismus auf eine Stufe stellt. Das schafft die Verfassungsgrundlage für Verfolgung und Verbot der kommunistischen Parteien und Organisationen. Dieser Artikel ist als Kompromiß mit Solidarnosc und anderen rechtsbürgerlichen sowie klerikalen Parteien und Kräften angenommen worden in der Hoffnung, daß die Solidarnosc der neuen Verfassung dann breite Unterstützung geben wird. Nach diesem Artikel werden „verboten politische Parteien und andere Organisationen, die sich in ihren Programmen berufen auf die totalitären Methoden und die Praxis des Nazismus, des Faschismus und des Kommunismus ...“ Der Artikel ist so formuliert, daß er eine breite Möglichkeit der Überinterpretation schafft, die sich nicht nur gegen Kommunismus, sondern auch gegen Sozialismus, gegen Sozialdemokraten und alle jene richten kann, die z.B. sich zu der Praxis Volkspolens bekennen und sich darauf berufen.

Artikel 13 zeigt sich als ein reaktionäres Beispiel der modernen Verfassung. Er bereitet die Verfolgung nicht nur kommunistischer Aktivität und kommunistischer Parteien vor, er erlaubt auch das Verbot kommunistischen Denkens. Er kann uns in diesem Sinne ins Mittelalter zurückwerfen. Wie das in Einklang zu bringen ist mit der starken politischen Position vieler kommunistischer Parteien in Westeuropa und in den sozialistischen Ländern China, Vietnam, Korea und Kuba, lassen wir ohne Kommentar. Diese Länder sind Mitglieder der UNO und vieler anderer internationaler Organisationen, manche dieser Parteien haben große politische Vertretungen in den Parlamenten und im Europäischen Par-

lament in Straßburg.

Dieser Artikel ist eine Schande gegenüber tausenden polnischen Kommunisten und Patrioten, die seit mehr als hundert Jahren nur die Interessen der Arbeiterklasse, aller Werktätigen vertreten haben. Die Kommunisten waren die konsequentesten Kämpfer gegen den Faschismus und haben viele Opfer gebracht. Sie standen vor dem 2. Weltkrieg in der ersten Kampfline gegen das halbfaschistische Regime von J. Piłsudski und seinen politischen Nachfolgern. Sie wurden barbarisch verfolgt und verhaftet in polnischen Konzentrationslagern in Bereza Kartuska, und im Krieg in Spanien 1936 haben sie aktiv gegen die faschistischen Truppen von Franco gekämpft. Die Kommunisten verteidigten im September 1939 das Vaterland mit der Waffe gegen die Aggression des faschistischen Deutschlands, und viele fielen unter der Besatzungsherrschaft der Gestapo. Die Kommunisten waren die ersten, die nach dem Krieg mit dem Wiederaufbau Polens begannen, und sie haben unter der Führung der Polnischen Arbeiterpartei und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei den Sozialismus in Polen geschaffen.

Der Antikommunismus der Väter der neuen Verfassung ist kein Zufall. Sie wollten eine Verfassung mit Gummi- und Maulkorbcharakter. Sie schufen die Grundlagen für das antikommunistische Argumentieren und Handeln der nazistischen und faschistischen polnischen Organisationen. Der Senat (die 2. polnische Kammer) hat bereits Ende April eine Änderung des Strafgesetzbuches vorbereitet, wonach die „Verbreitung kommunistischer Propaganda“ mit hoher Geldstrafe und bis zu zwei Jahren Haft bedroht wird. Der Antikommunismus der Väter der neuen Verfassung ist ein erster Schritt zur Einführung einer offenen bürgerlichen Diktatur in Polen.

### **Verfassung stärkt die katholische Kirche**

Der direkte Antikommunismus des Artikel 13 ist eng verbunden mit der rückschrittlichen Regelung der Fragen der Glaubensfreiheit, der Freiheit des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses und der Rolle der römisch-katholischen Kirche in Polen verbunden. Die Verfassung bleibt klerikal und verstärkt die konstitutionelle Rolle und die Position der Kirche in Polen. Sie verzichtet auf die traditionelle Trennung von Staat und Kirche und reguliert dieses Verhältnis jetzt nach dem Prinzip der Autonomie und Subsidiarität und unterstellt damit in Wirklichkeit die staatliche Souveränität der kirchlichen Hierarchie und dem Vatikan (Präambel, Art. 25)

Die Verfassung macht aus Glaubens- und Religionsfragen einen Gegenstand des Streits und der politischen Manipulation. Diese Fragen werden so geregelt, daß sie schädlich sind für die ehrlich

→ Gläubigen verschiedener Bekenntnisse, aber auch für die religiös Gleichgültigen, Freidenker und Atheisten. Sie macht aus der persönlichen Frage der Weltanschauung der Staatsbürgers eine öffentliche, staatliche Sache und schafft so erneut schädliche und alte Spaltungen. Die Verfassung bestätigt die besondere Rolle der katholischen Kirche (Art. 25,4) und sichert deren führende Position.

Die Verfassung übergibt Polen so unter die Herrschaft der katholischen Hierarchie. Das wurde schon mit der Unterzeichnung des Konkordats zwischen der Polnischen Regierung und dem Vatikan vorbereitet. Sie schafft zusammen mit diesem Konkordat eine breite Grundlage für große finanzielle Privilegien der Kirche, gibt ihr große Einmischungsmöglichkeiten in öffentliche, staatliche, militärische Fragen der Gesellschaft und vor allem in das persönliche Leben der Polen. Gleichzeitig ist die Kirche keiner gesellschaftlichen Kontrolle unterstellt, sie hat keine öffentliche Verantwortung. Sie verschlechtert auch die Position der anderen, nicht römisch-katholischen Kirchen in Polen. Die neue Verfassung und das Konkordat legen die Grundlage für einen Bekenntnisstaat in Polen.

\*

Resümierend können wir feststellen, daß die neue Verfassung die gegenwärtige bürgerlich-kapitalistische Transformation befestigt und sie weiterführt zur Privatisierung der Volkswirtschaft und der Integrierung Polens in das internationale Großkapital. Sie schafft die Formen und die Organisation der Hegemonie der Bourgeoisie, ihrer staatlichen Diktatur. Ihre demokratischen Formen und Methoden wurden so formuliert, damit die arbeitende Bevölkerung keinen anderen Weg wählen kann, auch dann nicht, wenn die Mehrheit der Bevölkerung schon genug vom Kapitalismus hat.

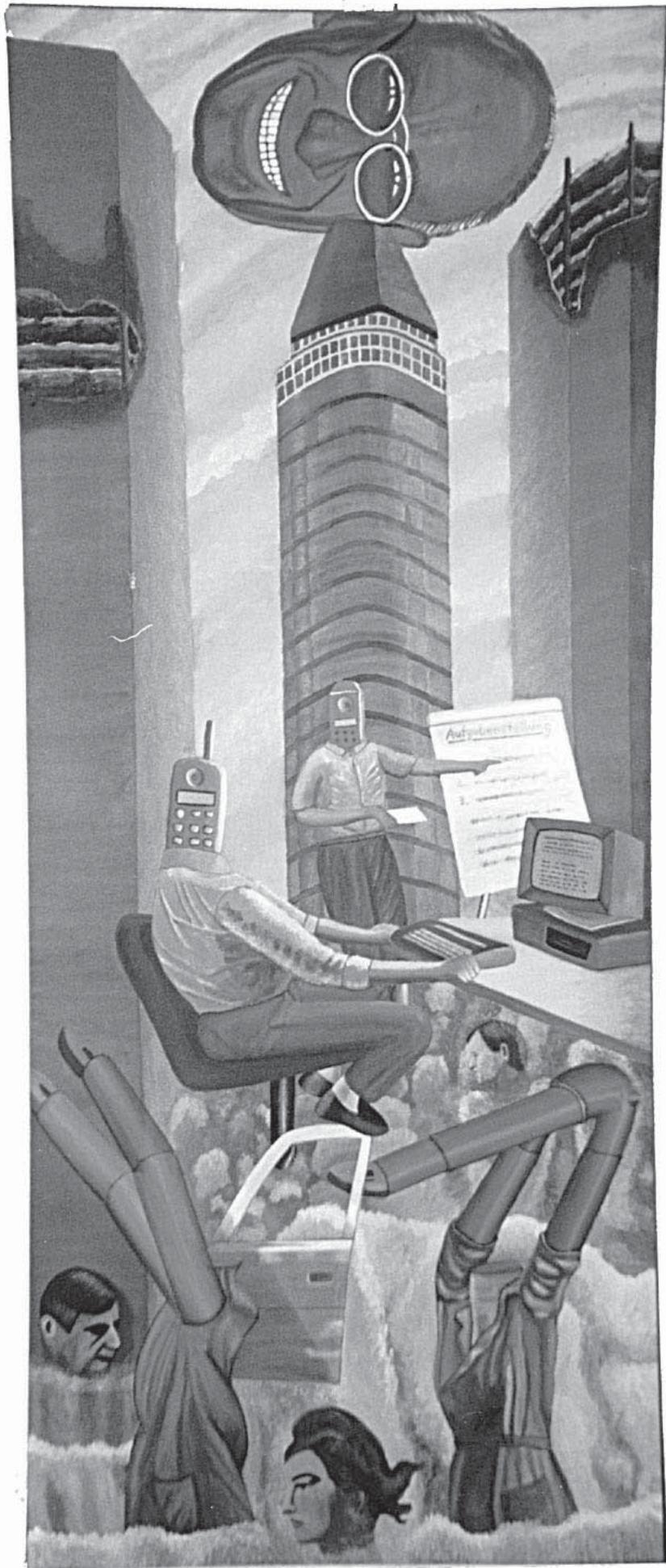
Die Verfassung bleibt nützlich für die reichen Leute, insbesondere für die Kapitalisten und die großen Landbesitzer. Sie berücksichtigt nicht die grundlegenden Interessen der Werktätigen, der Arbeiter, Bauern und der Volks-Intelligenz. Noch mehr, sie sichert nicht die Interessen der polnischen Nation, des polnischen Staates, seine Souveränität und territoriale Integrität.

Deshalb haben trotz der massiven bürgerlichen und kirchlichen Propaganda die Mehrheit der Stimmberechtigten, also die Werktätigen, ihr in der Volksabstimmung keine Zustimmung gegeben.

Wroclaw, 17. Juni 1997

*Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt.*

*(Aus Platzgründen mußte der Abschnitt über die Positionen des „Bund Polnischer Kommunisten“ in der Verfassungsdebatte leider entfallen, d. Red.)*



# H. W. verfolgt die Spur ...

von Stefan Britt

Anmerkung (1) zur Überschrift:  
Mit der Spur ist natürlich nicht die „Gruppe Spur“ aus den sechziger Jahren gemeint, deren mehrere Mitglieder Akademieprofessoren geworden und andere spurlos verschwunden sind. Einer hat sich umgebracht, der rätselhafte Bolus Krim angeblich nie existiert.

Anmerkung (2) zur Überschrift:  
Wenn man einer jüngeren Spur (Hufabdrucke, Reifenspuren) folgt, so kommt man auf die „Gruppe Pferd Trojanisches“. Die hinter der scheinbaren Offenheit dieser Malergruppe verborgene Absicht zielt in jene Richtung, die der Volksmund „Kryptorealismus“ nennt.

Hans Waschkau hat zwei neue Bilder gemalt. Sie waren bis zum 29. Juni im Münchner Kulturzentrum Gasteig im Rahmen der Werkausstellung der Volks hochschule „Künstlerisches Gestalten“ zu sehen:

## Götterdämmerung

Das hochformatige, in akribischer Maltechnik<sup>3</sup> ausgeführte Bild hat den Titel „Götterdämmerung“. Vor mehreren, bereits verfallenden Hochhäusern arbeiten Computertechniker, deren Köpfe durch Handys ersetzt sind. Davor Montageroboter, ganz ohne Kopf. Vereinzelte Köpfe treiben ratlos über den wolkenbedeckten Fußboden.

Anmerkung (3): Durch die äußerst genaue Darstellung der erfundenen Realität wird der Betrachter zu eigenen Assoziationen angeregt. Hier zum Beispiel: „Verfallsdatum“, „Kopfarbeit“ - „Hand(Handy)arbeit“ - „Maschinenarbeit“.

Anmerkung (4): Dieses Bild ist wohl in mehreren Ebenen verschlüsselt, so daß der Betrachter nach vermeintlichen Lösungen in immer neue Ratlosigkeit fällt.



## Traumfrau

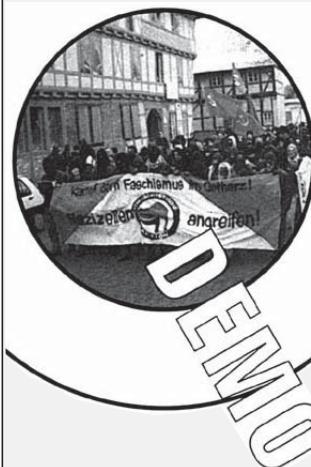
Das neueste Bild „Traumfrau“ besticht durch den raffinierten Umgang mit dem Medium Farbe. Dem Ziel, durch die Beherrschung von reinen Farben, Grautönen und Lasuren höchste Leuchtkraft (5) zu erreichen, hat sich Hans Waschkau in jahrelanger, konsequenter Arbeit immer weiter genähert.

Anmerkung (5): Betörende Farben sind wirksame Türoffner (Stadttor Trojas) zu den Gefühlen des Publikums (6).

**Oben:**  
**Traumfrau, 1996 - 1997,**  
**Akryl auf Nessel,**  
**57,5 cm x 43 cm**

**Linke Seite:**  
**Götterdämmerung, 1996,**  
**Akryl auf Nessel,**  
**124 cm x 51 cm**

Schlüßitat (6): „Wenn Musik auf Schlangen wirkt, so nicht etwa deshalb, weil sie ihnen geistige Vorstellungen vermittelt, sondern weil Schlangen lang sind ....; die musikalischen Schwingungen, die sich der Erde mitteilen, wirken auf sie wie eine durchdringende, sehr lang anhaltende Massage; nun, ich schlage vor, mit den Zuschauern wie mit Schlangen zu verfahren, die man beschwört, und sie mit Hilfe ihres Organismus bis zu den flüchtigsten, feinsten Vorstellungen zurückzuführen.“  
(Antonin Artaud in „Schluß mit den Meisterwerken“)



**1. März 1997.** 5000 Alt und Jungfaschisten marschieren in München anlässlich der Eröffnung der Ausstellung: „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“. 10000 AntifaschistInnen demonstrieren gegen den Naziaufmarsch.

**1. Mai 1997.** Unter der Parole „Arbeit zuerst für Deutsche“ kündigen Faschisten aus dem Lager der Jungen Nationaldemokraten (JN) einen Aufmarsch in Leipzig an. Dazu kommt es dank breiter antifaschistischer Gegenmobilisierung nicht.

**17. August 1997.** 10 Todestag von Rudolf Hess. Hess, bis zu seinem Tod als verurteilter Kriegsverbrecher und Hitlerstellvertreter inhaftiert, wird von Faschisten jährlich zum Anlaß genommen, öffentliche Aufmärsche durchzuführen.

**Die Antifa HaQu und die Autonome Antifa(M) rufen im Rahmen verschiedener bundesweiter**

**Aktionen gegen den Rudolf-Hess-Aufmarsch zu einer Demonstration am 9. August in Quedlinburg auf. Diese Demonstration wird sich hauptsächlich gegen Stefan Hupka, langjähriger Nazikader der Region Harz von bundesweiter Bedeutung, richten.**



**Kommt zur Demo!**  
Samstag, 9.8.1997, 13 Uhr  
Carl-Ritter-Platz, Quedlinburg

**31. 7.-3. August:** Linke Sommerschule in Schnepfenthal

**26.August-1. Sept.:** Europäischer Friedenszug von Brüssel nach Diyarbakir. **Infos bei:** Appell von Hannover, Postfach 35, 61445 Oberursel, Tel. 06171/981348

**29.-31.August:** UZ-Pressefest, Dortmund.

**1. September:** Antikriegstag

**6./7. September:** Parteirat der PDS tagt in Düsseldorf. Schwerpunktthema: Wie weiter mit dem Linken Reformprojekt – Positionen und Aktivitäten der PDS, Situation der westdeutschen Landesverbände.

**21. September:** Bürgerschaftswahlen in Hamburg

**20./21. September:** Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Chemnitz.

**26.-28. September:** Internationale Che-Guevara-Konferenz in der Humboldt-Universität in Berlin. Infos über Cuba Si, Reinhard Thiele, 030/24009455, Fax 030/24009409.

**27./28. September:** Grüner Länderrat in Magdeburg

**Vom 5. bis 11. Oktober** ist bundesweit „Aktionswoche“ der Kampagne gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse, für Versicherungsschutz für „610-DM-Jobs“

**11./12. Oktober:** Herbstkonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln, Jugendgästehaus.

**14./16. November:** Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne in Kassel.

**22.-23.11.97:** Tagung und Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal) e.V. in München (Hotel Sol Inn, Nähe Hbf). Infos bei: BAG Kritische PolizistInnen, c/o Reinhard Borchers, Bachstr. 96d, 22083 Hamburg

**Anfang Dezember** tagt der SPD-Bundesparteitag in Hannover

**1. März 1998:** Landtagswahlen in Niedersachsen

ADRESSE AUFKLEBER

## Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK**  
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheteit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft:** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

**Auslandsberichterstattung:** Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

**Regionales West und Ost:** Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 21 16 58, Fax: 0221 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

**Aus Betrieben und Gewerkschaften:** Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten:** Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 38 93 81 31.

**Vierteljährliche Beilage:** Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb-  Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb-  Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb-  Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb-  Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart